52. JAHRGANG · NUMMER 1 · 15. FEBRUAR 2010 · EUR 1,50

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Krise in den Häfen Bremens und Bremerhavens

Hafenarbeiter müssen die Opfer bringen – aber einige wehren sich

Schifffahrt und Häfen, die von der Globalisierung besonders profitiert hatten, sind jetzt vom enormen Rückgang des Welthandels betroffen. Im Jahre 2009 ist der Güterumschlag in den Häfen Bremens und Bremerhavens um 17 Prozent gesunken, der Containerverkehr Bremerhavens um 20 Prozent, der Automobilumschlag um 40 Prozent. Das ist der stärkste Rückgang in der Nachkriegsgeschichte. In Hamburg und Antwerpen ist der Containerverkehr 2009 um 20 Prozent gesunken, in den ersten neun Monaten des Jahres ist der Umschlag in Hongkong und Singapur jeweils um 18 Prozent gesunken.

Angesichts der weiter wachsenden Kapazitäten auf den Kajen tobt ein gnadenloser Konkurrenzkampf zwischen den Häfen. Rotterdam senkt »unterm Strich« das Hafengeld um fünf Prozent. Mehrere Großreedereien haben bereits damit angefangen, ihre Dienste zumindest teilweise aus den Häfen der Deutschen Bucht an belgische oder holländische Häfen zu verlegen. Die günstigeren Umschlagsentgelte wie überhaupt die schiffsgebundenen Hafenanlaufkosten laden dazu ein. Hamburg hat deshalb seine Hafengebühren umstrukturiert, und Bremerhaven verzichtet auf eine vorgesehene Anhebung.

Die Hafenbetriebe stehen nicht nur unter dem Druck der Reeder als Großkunden. Mit dem Ziel höherer Profite drücken auch die großen Automobilkonzerne wie Daimler und BMW für sie günstigere Verträge durch. Und die Hafenbetriebe geben die Belastung an die Beschäftigten weiter.

Anfang 2010 reagiert nun auch die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) (gehört zu 68 Prozent der Stadt Hamburg) auf die Auswirkungen der Krise. Der Umschlag soll am Burchardkai konzentriert werden. Die Beschäftigten der HHLA wurden in Betriebsversammlungen darüber informiert, dass zunächst einmal bei ihren Zuschläge gestrichen wird. ver.di will über Kostensenkung eine Beschäftigungssicherung erreichen.

In Bremen und Bremerhaven ist diese Entwicklung schon weiter vorangeschritten. Mit den sozialen Folgen der Krise in den Häfen Bremens und Bremerhavens, der Rolle der Gewerkschaften, den Reaktionen unter den Beschäftigten und den politischen Auswirkungen auf die Parteien befassen sich nachstehende Beiträge.

GESAMTHAFENBETRIEB BREMEN IN DER KRISE*

Selbstorganisierung – weil die Interessenvertreter versagen

Die Weltwirtschaftskrise hat den Gesamthafenbetriebsverein (GHB) der Häfen in Bremen und Bremerhaven als ersten Hafenbetrieb hart getroffen.

Wer sind die Betroffenen? Es gibt noch die alten Hafenarbeiter, die nach ihrer Stammlohngruppe im Hafentarif bezahlt werden, aber auch hier finden wir schlechter gestellte befristete Teilzeitverträge. Sogar der niedrig bezahlte Distributionstarif ist differenziert. Und Tagelöhner sind dabei, die«Roten Karten«, die keinen Arbeitsvertrag haben und keine Leistung aus der Garantielohnkasse erhalten. Die Grenzen des Hafentarifs waren mit Billigung von ver.di immer enger auf die Kaikante eingegrenzt worden.

Anfang 2008 hatte der GHB noch 2800 Beschäftigte. Es war das Jahr mit dem größten Hafenumschlag der letzten 15 Jahren. Aber schon im Oktober begann die Krise. Auf Grund des Frachtrückgangs wurde ab Dezember 2008 im GHB wie in den anderen Hafenbetrieben zunächst versucht,

*) Eine erste Fassung dieses Artikels wurde schon im Dezember 2009 auf verschiedenen Internet-Seiten angeboten.

den Arbeitsrückgang mit dem traditionellen Instrumentarium (Abbau von Mehrarbeit, Auflösung von Arbeitszeitkonten, vorzeitiger Urlaub usw.) so weit wie möglich nach hinten zu schieben; dann wurde Kurzarbeit eingeführt. Doch die Flaute im Hafen dauerte an und die Garantielohnkasse des GHB – in die Hafenbetriebe schon zusätzlich eingezahlt hatten – reicht nur für sechs Monate, ist nicht groß genug für eine Wirtschaftskrise.

Die Bremer Lagerhaus Gesellschaft (BLG), die eine der größten Logistikunternehmens Europas im Eigentum des Landes Bremens ist, und Eurogate, eine Tochter der BLG, waren bislang diejenigen, die vom GHB-System am meisten profitierten. Das Container-Terminal und Logistik-Unternehmen Eurogate verzichtet ab Anfang 2010 auf die Dienste des GHB.

Sanierung des GHB: der Sozialplan

Anfang 2009 mussten als erstes reine Aushilfskräfte gehen, dabei viele alleinerziehende Mütter. Im weiteren Verlauf des Frühjahrs ließ der GHB 800 befristete Arbeitsverträge wegen fehlender Arbeit auslaufen. Geleitet von der kapitalistischen Logik stimmten Ver.di und Betriebsrat dem GHB-Geschäftsführer zu, dass *»zu viele Leute an Bord«* waren. Der IG-Metall-Betriebsrat von Autotec (BLG-Tochter, die Importautos für den Markt vorbereitet) und die für den Betrieb zuständige IG Metall erklärten sich solidarisch mit den befristet beschäftigten Bremerhavener GHB-Kollegen und unterstützen ihre Demonstration im April.

Als deutlich wurde, dass die Auswirkungen der Krise mit den bisherigen Mitteln nicht zu bewältigen waren, trat beim GHB der »Ausschuss für Personal und Arbeit« zusammen. Er ist paritätisch besetzt mit Vertretern von ver.di und der Hafen-Unternehmen. Karsten Behrenwald, DGB-Vorsitzender in Bremerhaven, sah die Hafenwirtschaft gefordert. Doch besonders die global agierende Bremer Lagerhausgesellschaft (BLG) hatte anderes im Sinn: Sie zielte schon zu dem Zeitpunkt darauf, auch ihre eigene Belegschaft zur Kasse zu bitten, um Konkurrenten in den Preisen unterbieten zu können.

Die am GHB-Verein beteiligten Unternehmen waren also nicht bereit, die Garantielohnkasse so aufzufüllen, dass Entlassungen vermieden werden konnten. Der Ausschuss stellte fest, dass spätestens im August/September 2009 wegen Arbeitsmangel die Garantielohnkasse leer sein würde und der GHB-Verein Insolvenz hätte anmelden müssen. Der Ausschuss beauftragte Geschäftsleitung und Betriebsrat des GHB, in Sozialplanverhandlungen einzutreten.

Ende Juni 2009 stand der Sozialplan. 103 Beschäftigte wurden Ende Juli entlassen, 217 Kollegen bekamen Änderungskündigungen: Für die betroffenen Bremerhavener Kollegen bedeutete das einen täglichen Fahrweg von 120 km zu einem Arbeitsplatz in Bremen und eine Lohnkürzung von bis zu 65 Prozent (8 Euro statt bisher 15 Euro). Da kaum einer dieses »Angebot« akzeptiert hat, stehen die meisten dieser 200 auf der Straße.

Insgesamt verloren damit einschließlich der obengenannten 800 mehr als 1000 Hafenarbeiter ihren Arbeitsplatz. Dazu sparten die beteiligten Firmen, also besonders die BLG, bei den mickrigen Abfindungen von 2000 Euro. Nach den neuen Beschäftigungsbedingungen werden im Distributionsbereich (z.B. Hochregallager) die Löhne von 15 auf gut 8 Euro gesenkt, weitere tarifliche Leistungen werden eingeschränkt und der Arbeitgeber kann die Schichtzeiten bei Bedarf auf vier Stunden verkürzen.

Die neuen Löhne sind so niedrig, dass die Betroffenen selbst mit einer vollen Stelle künftig als »Aufstocker« Leistungen der ARGE (Bremische Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales, die Hartz-IV-Antrags- und Vergabestelle) beantragen müssen. Für Harald Bethge, Leiter des Bremer ver.di-Fachbereichs Verkehr ist das zwar schwer hinnehmbar und damit kritikwürdig; aber es entspreche der »geltenden Rechtssprechung«. Der GHB sei immerhin gerettet worden. Rund 200 GHB-Arbeiter haben inzwischen beim Arbeitsgericht Klagen gegen die Kündigungen und die Änderungsverträge eingereicht.

ver.di handelt

Beim GHB-Verein sind zwar fast alle Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, denn das geschah rein geschäftsmäßig bei ihrer Einstellung. Daraus erfolgte jedoch nicht automatisch eine lebendige Gewerkschaftsarbeit. Formal existierte ein Vertrauenskörper, eher am Rande, nicht in einem ständigen Meinungsaustausch mit den Kollegen. So war es für die Geschäftsführung auch leicht, befristet Beschäftigten Überstundenzuschläge zu verweigern.

ver.di-Sekretär Harald Bethge sah es als seine Hauptaufgabe an, den GHB-Verein, den ver.di mitträgt, zu retten. So verhandelten Betriebsrat und ver.di-Funktionäre ohne die

INHALT · Heft Nr. 1 / 15. Februar 2010 · Jg. 50

Krise in den Häfen Bremerhavens und Bremens
Hafenarbeiter müssen die Opfer bringen 1

Gesamthafenbetrieb Bremen
Selbstorganisation – weil die Interessenvertreter versagen 1

Die Bremer SPD ist kräftig am Rudern 6

Dokument: Kollegen Hafenarbeiter 7

ver.di: Viel Verständnis für Begehrlichkeiten 8

Zwei Auffassungen von gewerkschaftlicher Politik 9

Schwarz-Gelbe Koalition:
Im Kampf um die Mitte der Gesellschaft 12

Bildungspolitik in Hamburg: Gegen die Wand gefahren . . 14

Tarifrunde Post
Grundsatzkonflikt bei der Post – verschoben 18

Konzern Continental Clairoux
Internationale Solidarität fand nicht statt 23

Türkei:
Tabakarbeiter kämpfen gegen Privatisierung 27

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg»
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe» und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »*Schwarze Risse*«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »*Der kleine Buchladen*«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »*Buchladen 46*«, Kaiserstraße 46 ● **Braunschweig:** »*Guten Morgen Buchladen*«, Bülpenweg 87 ● **Bremen:** »*Buchladen in der Neustadt*«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »*Heinrich-Heine-Buchhandlung*«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »*Haus der Bücher*» Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »*Uni-Buch*«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »*Rote Straße*«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »*Verein Kellnerstraße e.V.*«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »*Heinrich-Heine-Buchhandlung*«, Grindelallee / »*Schwarzmarkt*«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »*Nautilus*«, Bahrenfelder Straße: Zeisehallen / Buchhandlung »*Osterstraße*«, Osterstraße ● **Hanau:** »*Buchladen am Freiheitsplatz*«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »*Internationalismus-Buchladen*«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »*Gestochen scharf*«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »*Liebknecht-Haus*«, Braustraße 15 ● **Mönchengladbach:** »*prolibri*« Buchladen, Schillerstraße 22 – 24 ● **Siegen:** Buchhandlung »*Bücherkiste*«, Bismarckstraße 3

betroffenen Arbeiter zu informieren, geschweige denn, sich mit ihnen rückzukoppeln.

Wie sich ver.di der Lage der Hafenarbeiter stellte, war der TAZ zu entnehmen: Angesichts der schlechten Stimmung sorgt sich Harald Bethge, Landesfachbereichsleiter Verkehr bei ver.di, um das Image des GHB. Der Krankenstand sei hoch, einige verweigerten sich. *»Was dort passiert, verschlägt uns den Atem«*, sagt er. Es sei wichtig, Mitarbeiter schnell und mit verkürzter Kündigungsfrist zu entlassen, um das Unternehmen handlungsfähig zu halten. Auch die geringe Abfindung hält er für gerechtfertigt: sie orientiere sich an der »Garantielohnkasse« des GHB. Die könne man nicht komplett für Abfindungen leeren. Schließlich müsse weiter Lohn gezahlt werden, wenn Unternehmen wegen Auftragsflauten keine GHB-Leute anfordern. *»Es war einfach nicht mehr Geld da«*, sagt Bethge. (TAZ Nord, 26.7.09)

Laut Bethge habe man unter der Führung von Uwe Beckmeyer (Landesvorsitzender der Bremer SPD und Bundestagsabgeordneter) einen »runden Tisch« mit den Arbeitgebern aus der Hafenwirtschaft, ver.di, den Betriebsräten, Vertretern der Bundesagentur für Arbeit und des Senats gebildet. Bremer Lagerhaus, North Sea Terminal, Eurogate, Maersk-Terminal hätten sich bereit erklärt, auf jegliche Mehrarbeit zu verzichten und vermehrt in Kurzarbeit zu gehen, um so Arbeit für den GHB zu schaffen. ver.di war »*im Rahmen der Möglichkeiten*« bereit, tarifliche Maßnahmen durchzuführen (Kündigung des Beschäftigungssicherungsvertrages), um damit von dieser Seite eine Entlastung möglich zu machen. Schließlich sagte der Gesamtbetriebsrat des GHB zu, alle erdenklichen Möglichkeiten, die betrieblich zu regeln wären, ebenfalls in Angriff zu nehmen.

Die sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaft wendet sich gegen die Lohnabhängigen. Als Mitträger des GHB-Vereins ist ver.di untauglich zur Verteidigung der Interessen der beim GHB beschäftigten Hafenarbeiter.

GHB-Kollegen reagieren

Für die entlassenen und auch die noch beschäftigten Kollegen sind die Ergebnisse katastrophal. GHB-Kollegen nahmen das Verhandlungsergebnis so wahr: *»Wir sind im Gesamthafenbetriebsverein von dem Sanierungsplan, dem Sozialplan und der Sozialauswahl völlig überrascht worden. Als einzige Information hat es einen unauffälligen Aushang in einem Glaskasten am Betriebsgebäude gegeben, was wir mehr oder weniger durch Zufall mitgekriegt haben. Der Betriebsrat hat auf Anfrage keine Kopie mit den Unterlagen rausgegeben. Die Auswahl der von Entlassung und Änderungskündigung Betroffenen halten wir für völlig ungerecht und ungerechtfertigt. Als so langsam klar wurde, was da auf uns zukommt, haben wir ein Flugblatt gemacht, Rechtsanwälte angesprochen, und wir haben am 11. Juli zu einer Gründungsversammlung ... eingeladen. Dort ist das Komitee dann gewählt worden. Geholfen und unterstützt haben uns dabei die Bremerhavener Arbeitsloseninitiative und die LINKE in Bremerhaven.«* (Kollegen aus dem Komitee)

Den Kollegen hat's auch den Atem verschlagen: Der Sekretär ihrer Gewerkschaft sieht es als wichtig an, sie schnell und mit verkürzter Kündigungsfrist zu entlassen. Nicht nur sie fragen: Wessen Interessen vertritt dieser Gewerkschaftssekretär? Bei den Kollegen kochte Wut hoch, die sich **Bahn brach in der Organisierung um die eigenen Interessen**. Initiiert wurde eine Unterschriftensammlung für den Rücktritt des Betriebsrats; mehr als ein Viertel der Belegschaft unterschrieb. Indem sich Betriebsrat und Gewerkschaft an der Auswahl der Kollegen beteiligten bzw. diese so akzeptierten, beteiligten sie sich an der Spaltung der Belegschaft. Aufgrund der Klagen berät nun das Gericht über die Kriterien der Auswahl.

Gesamthafenbetriebsverein

Hafenbetriebsvereine wurden Anfang des 20. Jahrhunderts in nahezu allen großen deutschen Seehäfen gegründet. Im Land Bremen geschah dies zuerst 1914 durch 56 Umschlagsunternehmen, Stauereien, Speditionen und Speicherbetrieben. Sie wollten damit die Arbeitsvermittlung selbst in die Hand nehmen.

Der jetzt bestehende Gesamthafenbetriebsverein im Lande Bremen e.V. (GHB), heute der größte Gesamthafenbetrieb Deutschlands, wurde 1950 von Hafenunternehmerverbänden und der Gewerkschaft ÖTV gegründet. Die entscheidenden Gremien sind paritätisch besetzt. Er unterhält einen Pool von Fachkräften, die von Unternehmen bei Bedarf angefordert werden, ist also eine Art **Personalpuffer**. Die Beschäftigten werden zu Tariflöhnen in den aufnehmenden Hafeneinzelbetrieben entlohnt. Als gemeinnütziger Verein darf der GHB grundsätzlich keine Profite erwirtschaften, wohl aber Rücklagen bilden. Fünfzig Mitgliedsfirmen bestücken eine Garantielohnkasse. Aus ihr zahlt der GHB den Beschäftigten auch bei schlechter Auftragslage ein Grundgehalt. Bis auf zwei Ausnahmen konnten bisher die Konjunkturschwankungen im Hafengeschäft mit dem GHB ausgeglichen werden: 1973 und 1982/83 hat der GHB Bremen schon Entlassungswellen erlebt.

Im Jahre 2009 wurden in Hamburg und Rostock dortige GHB-Beschäftigte bisher nur auf Kurzarbeit gesetzt. Anderthalb Jahre will man das in Hamburg durchhalten. Doch 2010 droht auch im Hamburger Hafen Personalabbau. In Lübeck sind befristete Verträge nicht verlängert worden. ■

Enttäuscht über das Verhalten ihrer Gewerkschaft und ihres Betriebsrates, die als Co-Manager handelten, gingen die nun im Komitee *»Wir sind der GHB«* organisierten Kollegen mit ihrem Protest an die Öffentlichkeit – vor allem gegen die Auswahl und die Aufstellung der Namenslisten für die Kündigungen. Sie riefen zur Demonstration unter dem Motto *»Dumpinglöhne beim GHB – wir sind erst der Anfang«* auf, ohne Unterstützung der ver.di-Hauptamtlichen, aber mit Hilfe der Bremerhavener Arbeitsloseninitiative, der örtlichen Linkspartei und von IGM-Kollegen der BLG-Tochter Autotec. Die bezahlten Funktionäre von ver.di wandten sich an die örtliche IG Metall, sich da herauszuhalten. Gegen den Betriebsratsvorsitzenden der GHB gehen Kollegen auch juristisch vor.

Aktivitäten des Komitees

Drei Demonstration hat das Komitee inzwischen organisiert. Bei der ersten Demonstration Ende Juli wuchs der Zug bis zur Abschlusskundgebung auf rund 200 Personen an. Die Aktion am 29. August 2009 wurde, unterstützt von Kollegen aus anderen Hafenbetrieben, der Bremerhavener Linkspartei, von einigen Hamburger Hafenarbeitern des dortigen Gesamthafenbetriebsvereins und von Gewerkschaftern aus dem Mercedes-Werk Bremen. Getragen wurden gewerkschaftskritische Losungen. Auf ihren T-Shirts war aufgemalt: »*ver.di: nix sehen, nix hören, nix sagen*«.

www.wirsindderghb.de

Per E-mail zu erreichen ist das Komtee unter:
Komitee-wir-sind-der-ghb@web.de.
Es ist dringend auf Spenden angewiesen:
Sabine Finke / BLZ 295 50 150 / Kto: 193 02 40 39 ■

»*Danke ver.di für nix*« oder: »*Trotz Arbeit Hartz IV*« war auf Transparenten zu lesen.

Am 15. September 09 nahmen Vertreter des Komitees an einem Gespräch mit Hamburger ver.di-Vertrauensleuten des dortigen Gesamthafenbetriebsvereins teil.

Am 24. August 09 informierten GHB-Kollegen die gemeinsame Delegiertenversammlung der Bremer und Bremerhavener IG Metall über die Hafenarbeiterprobleme. Die in Wortbeiträgen von Delegierten gezeigte Sympathie für die kämpfenden Kollegen des GHB wurde nicht zu einer solidarische Kraft. Es blieb bei aufmunternden Worten.

Am 10. Oktober 09 fand eine Veranstaltung in Bremen statt, das Komitee wurde mit Bremer Mitgliedern erweitert.

Am 31. Oktober 2009 zog eine Demonstration mit ca. 100 Teilnehmern von Bremen-Walle in die Bremer Innenstadt.

Anfang November sprachen Komitee-Kollegen mit Hafenarbeitern in Rotterdam: Als der dortige Gesamthafenbetrieb in Konkurs ging, wurden einige hundert Hafenarbeiter arbeitslos. Das dortige Komitee umfasst 80 Kollegen. Für den Herbst 2010 wurde mit Kollegen aus Rotterdam ein weiterer internationaler Erfahrungsaustausch für Hafenarbeiter vereinbart, der in Bremerhaven stattfinden soll.

Ende November beteiligten sich Bremer Kollegen des Komitees an einem Protest von ca. 100 Menschen gegen die Arbeitsbedingungen und Entlohnung beim Schlecker XL-Markt. Neben einem Kollegen vom Transformatorenhersteller Mdexx (ehemals Siemens), der auf den Kampf der Belegschaft um die Arbeitsplätze aufmerksam machte, wies ein Sprecher des Komitees auf die unerträgliche Lohnkürzung und Arbeitsbedingungen beim GHB hin.

Zu den Änderungskündigungen

Eine Namensliste von Entlassenen zeigt, dass vor allem diejenigen Mitarbeiter aus dem Automobil-, DC-Bereich und »freie Spitze«, zwischen 40 und 50 Jahre alt und zehn bis 20 Jahre im Betrieb, Änderungs- bzw. Beendigungskündigungen erhalten haben. Die Kollegen fragten nach den Kriterien, aufgrund derer diese Liste aufgestellt worden ist und vermuten, dass man diese qualifizierten und teureren Leute loswerden wollte.

Ein Kollege vom Komitee: *»Ich war z.B. seit 1987 beim GHB als Hafenfacharbeiter beschäftigt und war seit 1994 bei Atlantic, einem Stauereibetrieb in Dauervermittlung. Die Stauerei wollte mich auch behalten. Im August habe ich dann die Änderungskündigung erhalten. Ich hatte vorher als Hafenfacharbeiter einen Lohn von 1900 Euro netto; jetzt würde ich auf 980 Euro netto kommen. Ich könnte auch Hartz IV beantragen. Aber bei Hartz IV muss man dermaßen »die Hosen runterlassen«, man wird völlig ausgeknockt, weil man überhaupt keine Rechte mehr hat. Das geht eine gewisse Zeit lang, dann kannst du nach einer kleineren Wohnung suchen und dann ist man da, wo man echt nicht hingehört. Ich versuche, dagegen anzugehen und habe erst mal einen Rechtsanwalt eingeschaltet.«* (Interview am 27.8.09 für die Linkspartei, Bremen) ■

Zum Komitee

Das Leben der im Komitee aktiven Kollegen ist umgewälzt, war es bislang konzentriert auf die private Sphäre, die Familie, so ist es jetzt durch den Kampf um ihre Arbeit bestimmt. Da einige noch in Schichtarbeit stehen, ist sie schwierig, eine geordnete Gruppenarbeit zu planen. Praktische Unterstützung erhielten sie anfangs von einem Bürgerschaftsabgeordneten der Linkspartei. Das in Bremen und Bremerhaven wirkende Komitee ist auf seine Unabhängigkeit bedacht. Ihre Aktivitäten sehen die Kollegen so:

Sogar die Gekündigten oder mit Änderungskündigung (acht Euro) Bedachten vom GHB sind eher ängstlich und verzagt als auf Widerstand erpicht. Und einige kommen zu den Info-Veranstaltungen mit einer »Ja – aber« Haltung. Aber der Einfluss des Komitees wächst und der Widerstand wird größer. *»Ja, euer Komitee ist richtig, aber was soll es bringen?«*

Aus der Diskussion im Komitee: Wir brauchten eine Struktur, die den Zusammenhalt mit den Kollegen in den verschiedenen Schichten und Bereichen organisiert. Wir fassen die Leute zusammen, sonst kann man sich nicht richtig wehren. Wir organisieren das durch Versammlungen, über das Internet, über E-Mail-Verteiler und Telefonketten. Insofern sind wir jetzt die Speerspitze des Protestes. ...Wir versuchen, Neuigkeiten zu erfahren, sie auszuwerten, die Kollegen zu informieren und weitere Strategien zu entwickeln. Die Öffentlichkeit, die Politik, die

Grundsätzliches

Indem das Komitee Kontakt aufnimmt zu anderen gewerkschaftlich und politisch aktiven Menschen, entwickelt sich der politische Horizont dieser Kollegen weiter. Aus der rein persönlichen Betroffenheit als Opfer beim Handeln von Betriebsrat und ver.di wird mehr.

Schon in der Nachkriegszeit, als der GHB neu gegründet wurde, mussten die Hafenarbeiter von der ÖTV-Bürokratie laufende Informationen über Verhandlungen mit den Unternehmern energisch einfordern – damals über den angestrebten Garantielohn. Und schon damals war dem sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsvorstand und Hafenbetriebsrat besonders wichtig, dass die Unternehmer Liegekosten einsparten – auch wenn dafür Gewerkschaftsmitglieder nicht zur angesetzten Gewerkschaftsversammlung kommen konnten. Sozialpartnerschaft prägte und prägt das Handeln der Gewerkschaftsvorstände und Betriebsratsspitzen.

Über Jahrzehnte hat sich in den Gewerkschaften eine Stellvertreterpolitik manifestiert: Die bezahlten Gewerkschaftsfunktionäre bestimmen die Politik der Organisation. Und weil sie in diesen Jahren für die Kollegen durch Verhandlungen – manchmal musste mit Streik nachgeholfen werden – etwas herausholen konnten, ließen die Gewerkschaftsmitglieder ihre Funktionäre gewähren.

Gründe für die heutigen Schwierigkeiten, sich in der Krise gemeinsam zu wehren, sind auch in den vielfältigen Spaltungen zu suchen, die schon während Konjunkturzeit angelegt wurden. Langjährige Arbeiter bekamen durch den Aufbau neuer Firmen und Belegschaften Aufstiegschancen: Sie konnten kleine Vorarbeiter und Meister werden oder qualifizierte und anspruchsvollere Arbeit übernehmen. Die monotone und gering bezahlte Drecksarbeit blieb für die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen übrig. Die Gewerkschaft unterschrieb alles und konnte sich dabei auf einen Teil der Kollegen stützen.

Diese Zeit, in der etwas verteilt werden konnte, ist vorbei. Die Wirtschaftskrise stürzt Betriebe in Existenzprobleme, andere nutzen die Krise, um sich durch Rationalisierung und Lohnsenkung für den verschärften Konkurrenzkampf neu aufzustellen. Wenn die Gewerkschaftsfunktionäre jetzt als Stellvertreter handeln und helfen, soziale Standards der Belegschaften abzubauen, wobei viele ins Elend abstürzen, stoßen sie wie beim GHB auf Protest und Widerstand. Kollegen beginnen, eigene Aktivitäten zu organisieren. Verursacht die Erfahrung mit der Haltung der Funktionäre bei einigen Kollegen auch eine gewerkschaftsfeindliche Haltung, Gewerkschaftsaustritte, so fordern andere Gewerkschaftsmitglieder, gehört zu werden, einbezogen zu werden in gewerkschaftliche Entscheidungsprozesse. Das ist der erste Schritt in eine Richtung, die Gewerkschaftsorganisation den Mitgliedern dienstbar zu machen. *Stand vom 10. Februar 2010* ■

hätten wir gern auf unserer Seite. Es ist ein Arbeitskampf, der hier stattfindet. Wir vom GHB sind die ersten, an denen getestet wird, ob man das mit den Leuten überall machen kann.

Anfänglich hätten wir gerne die ver.di dabei gehabt. Da diese aber kein Interesse an einem Arbeitskampf hat, kämpfen wir alleine. Seit geraumer Zeit vernetzen wir uns mit Arbeitern aus anderen Branchen, die ähnliche Probleme haben, wie wir. Wir fordern die Unternehmen auf, einmal zu überdenken, dass die Leute, die jetzt arbeitslos sind oder hohen Lohnverzicht üben müssen, die Menschen sind, die die Gewinne der fetten Jahre erarbeitet haben.

Zentrale Forderungen des Komitees:

➜ Wir fordern, dass die Geschäftsführung des GHBV alle Änderungs- sowie Beendigungskündigungen im Bereich Hafen und Distribution wieder zurück nimmt.

➜ Wir fordern Erhalt und Absicherung aller Arbeitsplätze!

➜ Wir fordern gerechte Bezahlung für alle Bereiche!

Jeder Arbeitnehmer sollte von dem Geld, was er durch seine Hände Arbeit verdient, in Würde leben können und nicht durch Lohndumping zum Hartz IV-Aufstocker werden.

➜ Gleiche Arbeit, gleicher Lohn.

➜ Keine funktionsbezogene Bezahlung. ■

Das Komitee

Wir sind der GHB

Wehrt euch!

Wer ist unser Tarifgegner? Die BLG Logistic und warum ist es so wichtig, das wir unser Anliegen öffentlich machen?

Die BLG Logistic gehört zu 50,4 % dem Land Bremen, weitere 12,6 % der Sparkasse Bremen und 12,6 % der Bremer Landesbank. Der Rest ist im Streubesitz.

Das heisst, ein großer Teil der Verantwortung für den Lohndumping, der bisher durchgesetzt wurde und jetzt weiter verhandelt wird, trägt das Land Bremen.

Weder Ralf Nagel (SPD, Senator für Wirtschaft und Häfen) noch unser Bürgermeister, Jens Böhrnsen, haben sich bisher die Mühe gemacht, sich öffentlich zu unserer prekären Lage zu äußern. Es ging bisher um 2800 Arbeitsplätze, wovon noch 1800 übriggeblieben sind und wovon mehr als 1100 Arbeitsplätze dem Lohndumping zum Opfer gefallen sind. Sind wir, die Hafenarbeiter, so unwichtig und kann es sein, das unsere Politiker hier was aussitzen wollen und den Verlust von über tausend Arbeitsplätzen tot schweigen?

Darum ist es so wichtig, das wir alle gemeinsam mit unseren Betriebsräten, unseren Vertrauensleuten und denen die uns solidarisch beiseite stehen, zusammen in die Öffentlichkeit gehen, um dort Druck auf die Politik und die Unternehmen zu machen.

Wer ist die Gewerkschaft?
Jedes Gewerkschaftsmitglied gehört dazu und jedes Mitglied kann dazu beitragen, das sich was in der Gewerkschaft ändert. Es liegt an jeden von uns wie es hier weiter geht.

■ **Nach der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl wurde alles anders**

Die Bremer SPD ist kräftig am Rudern

Massenhaft fühlen sich Lohnabhängige quer durch alle Bereiche nicht mehr von der SPD repräsentiert. Sie sind durch soziale Einschnitte aufgeschreckt, spüren am Arbeitsplatz und im Gesundheitswesen eine wachsende bedrohliche Belastung, durchschauen das Argument von angeblichen Sachzwängen, vermissen das Soziale als politische Leitlinie dieser Partei. Aufgeschreckt ist nun auch die SPD-Fraktion der Bremer Bürgerschaft – durch das Ergebnis der Bundestagswahl und die Opfer, die den Hafenarbeitern der Bremer Lagerhausgesellschaft BLG, dem landeseigenen Logistikunternehmen, abverlangt werden.

Der soziale Konflikt: Wettbewerbsfähig werden durch Senkung der Personalkosten

BLG-Cef Detthold Aden nutzt die Krise, um mit seiner Unternehmensgruppe die Kostenführerschaft in der Branche anzustreben. Das ist seine Aufgabe als Konzernchef. Um sein Ziel zu erreichen, setzt er auf Kostensenkung und Marktoffensive.

Durch ein aggressives Auftreten im Konkurrenzkampf will die BLG im Jahre 2010 einen Gewinn von 30 bis 40 Millionen Euro einfahren. Die Opfer dafür muss die Belegschaft bringen. Der zuständige ver.di-Sekretär und der Konzernbetriebsratsvorsitzende folgen der Vorstandsargumentation, die BLG müsse sich gegen Konkurrenten durchsetzen, die sich z.T. längst aus der Tarifbindung verabschiedet hätten.

Die Entlassungen und sozialen Verschlechterungen beim Gesamthafenbetriebsverein GHB vor Augen, waren die BLG-Kollegen zu Zugeständnissen bereit. Der Widerspruch zwischen Ausweitung der Kurzarbeit (Bundesanstalt für Arbeit zahlt) und der Unternehmensforderung nach der 40-Std.-Woche ohne Lohnausgleich ließ kurzzeitig Protest aufkommen: Auf der Betriebsversammlung Anfang November in Bremen griffen BLG-Kollegen das Management an und forderten, dass deren Gehälter gekürzt werden.

Der Betriebsrat der BLG-Tochter Autotec, wo die Belegschaft traditionell in der IG Metall organisiert ist, versuchte vergebens, andere Arbeitnehmervertreter in der BLG zur gemeinsamen Handeln gegen den Abbau der sozialen Standards durch den Unternehmensvorstand zu mobilisieren. 22.12.09 demonstrierten etwa zweihundert Autotec-Beschäftigte in Bremerhaven gehen den Abbau von 200 der 500 Arbeitsplätze und gegen dauerhafte Einschnitte bei den Arbeitsbedingungen für alle Hafenarbeiter.

Der parlamentarische Konkurrent der SPD: Die Linkspartei

Die Bürgerschaftsfraktion der Linkspartei im Bremer Parlament setzte sich frühzeitig mit Anträgen und Beschlüssen im Rahmen der parlamentarischen Arbeit für die Interessen der Hafenarbeiter ein:

Aus der Entwicklung beim GHB müsse die Konsequenz gezogen werden, dass eine Standortsicherung nicht über Lohnkürzungen erfolgen dürfe; denn *»dass die GHB-Mitarbeiter sich bereit erklärten, zwecks Sicherung ihrer Arbeitsplätze empfindliche Lohneinbußen hinzunehmen, hat ihnen am Ende wenig gebracht.«* Dieses Muster dürfe sich bei BLG und EUROGATE nicht wiederholen.

Der Senat stehe in der Verantwortung, drohende Lohnkürzungen bei BLG/Eurogate zu verhindern. Damit die Auswirkungen der Wirtschaftskrise nicht auf dem Rücken der Hafenarbeiter ausgetragen würden, sollten die angekündigten Gewinne bei BLG und EUROGATE statt in Expansionspläne in die Arbeitsplatz- und Tarifsicherheit auf den landeseigenen Kajen fließen.

Die Linkspartei protestierte gegen die Drohungen von BLG/Eurogate, bei Nichterfüllung der tarif- und lohnpolitischen Absenkungsforderungen Teile der Belegschaft entlassen zu wollen und prangerte an, die derzeitige Flaute im Container- und Automobilumschlag würde als Vorwand genommen werden, um Betriebskosten auf dem Rücken der Mitarbeiter zu reduzieren.

Auch eine Forderung, die das gesellschaftliche Problem streift, wurde aufgestellt: Der Wettbewerb zwischen den Nordseehäfen und den Rheinmündungshäfen dürfe nicht auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen werde. Die Politik auf Landes- und Bundesebene müsse sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die Häfen nicht von rein profitorientierten Reedereien und Betrieben gegeneinander ausgespielt werden.

In der Oppositionsrolle kann die Fraktion der Linkspartei fordernd auftreten, denn sie muss sich hier nicht verantwortlich den kapitalistischen Widersprüchen stellen. Ihr geht es um Stimmengewinne bei den Wahlen.

Bremer SPD in Bedrängnis

Noch in der ersten Hälfte von 2009 sah die SPD-Bürgerschaftsfraktion die Problematik der sinkenden Hafenumschläge vorrangig aus der Sicht der Hafenunternehmen und erst daraus abgeleitet die sozialen Probleme der Hafenbeschäftigten. Sie tönte, Dumpinglöhne würden durch eine starke Gewerkschaft verhindert. Hafensenator Nagel behauptete, dass mehr als 1650 Arbeitsplätze beim GHB gehalten werden könnten. Bei einem Antrag der Linkspartei im April 09 sprach sich die SPD-Fraktion energisch gegen Eingriffe der Politik in die Hafenwirtschaft aus.

Die SPD-Verluste bei der Bundestagswahl im Nacken und die eigenständigen Proteste von Beschäftigten des Gesamthafenbetriebsvereins GHB gegen den Sozialplan, die Entlassungen und die angebotenen Niedriglöhne vor Augen sahen sich die SPD-Parlamentarier im Herbst 2009 in einer bedrohlichen Gemengelage: Angesichts der Opfer, die nun auch die Beschäftigten der BLG bringen müssen, könnte sich die Stimmung auch hier gegen die SPD wenden.

Abhängig vom Länderfinanzausgleich, kann der rot-grüne Senat die Millionengewinne der BLG Logistics dringend gebrauchen. Doch die SPD-Bürgerschaftsfraktion sah weitere Wähler zur Linkspartei wechseln, wenn (mit Zustimmung des Senats) den Beschäftigten der BLG die Löh-

Die Bremer Lagerhaus Gesellschaft,
deren Aktien mehrheitlich in bremischem Besitz sind, wurde 1998 umstrukturiert und wird seitdem als BLG Logistics wie ein Privatbetrieb geführt. Ver.di stellt den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden, der aus dieser Sicht das Wohl des Betriebes, also die Konkurrenzfähigkeit, möglichst hohe Profite im Auge haben muss. Erst unter diesen Bedingungen sieht er Arbeitsplätze gesichert. Vertreter Bremens im Aufsichtsrat der BLG Logistics, wie u.a. die Finanzsenatorin Linnert (Grüne) und der SPD-Wirtschaftsstaatsrat Heseler segnen die Geschäftspolitik des Vorstandes der BLG ab, das als größtes Automobil- und Container-Umschlagunternehmen Europas weitere Marktanteile erobern, weiter wachsen will. ■

ne gekürzt, die sozialen Standards gesenkt werden. Mit den BLG-Gewinnen werden nicht nur die Altersbezüge der ehemaligen Beschäftigten bezahlt. Auch ein BLG-Darlehen in Höhe von 67 Millionen Euro an den Senat ist kein Grund, die sozialen Standards für die Beschäftigten zu senken.

Auf diese Problematik zielend versuchte sich die SPD-Fraktion in der bremischen Bürgerschaft mit einem Befreiungsschlag: Am 16.11.09 wurde ein Antrag verabschiedet, in dem es heißt, die Bürgerschaft erwarte vom Senat, gegenüber Unternehmen in öffentlichem Besitz *»nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass sie Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen auch dann schützen, wenn das Ergebnis dadurch zeitweise spürbar belastet wird«.*

Aus der SPD-Fraktion wurde nun argumentiert: *»Es geht nicht, dass Bremen in Boomzeiten von der BLG profitiert und sich in der Krise davonmacht.«* Die Beschäftigten im Hafen hätten das Gefühl, durch die geplante Änderung der Lohnstruktur solle weit mehr weggehauen werden, als wegen der Krise nötig sei.

Ursprünglich wollten die Fraktionen von SPD und den Grünen gemeinsam vorgehen. Die Fraktion der Grünen ließ sich jedoch gleich von ihrer Finanzsenatorin zurückpfeifen.

Der BLG-Vorstand Aden sah sich durch das Vorgehen der SPD-Fraktion an finsterste Zeiten als Staatsbetrieb erinnert: Arbeitsplätze sichere man nicht, wenn man ein Unternehmen auffordert, Verluste zu machen. Mitte der 1990er Jahre sei die BLG als Staatsbetrieb fast pleite gewesen.

Die SPD kann jedoch einer großen Masse von Lohnabhängigen nicht mehr vermitteln, dass nach einem Lohnverzicht, nach einem Zurückstecken in den sozialen Standards zugunsten des Kapitals anschließend der große Aufschwung für sie kommen soll. Die Partei kann ihren Wählern kein Aufstiegsversprechen mehr geben. Sie kann nicht einmal mehr die Abstiegssorgen so vieler Menschen mildern.

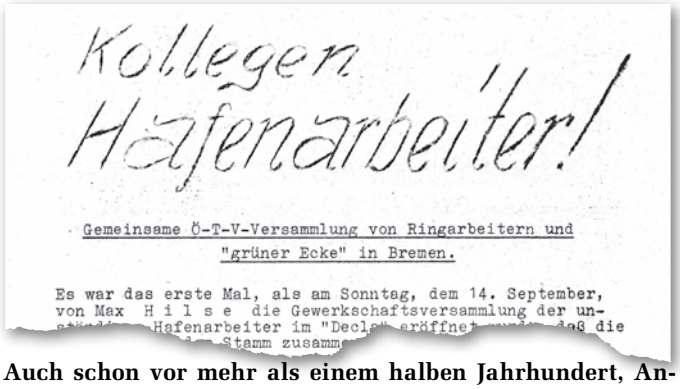
Auf dem Parteitag in Dresden durften einfache Delegierte ihren Frust herauslassen, Dampf ablassen. Dann redete die SPD über die Ursachen ihres Niedergangs hinweg. Anträge, die eine schärfere Kurskorrektur verlangten, wurden zurückgewiesen. Sie kann sich nicht wirklich von der Agenda 2010, von Hartz IV und der Rente erst ab 67 lösen. Schließlich sind das alles Zugeständnisse an das Kapital, damit der kapitalistische Laden wieder weiter profitabel läuft.

Verzweiflung, die schiere Angst, auch in Bremen noch weiter an Wählerstimmen zu verlieren, trieb die SPD-Fraktion in der bremischen Bürgerschaft dazu, sich wie die Linkspartei verbal an die Seite der Beschäftigten des Gesamthafenbetriebsvereins zu stellen. Der anhaltende Protest der GHB-Kollegen veranlasste Helga Ziegert, SPD-Bürgerschaftsabgeordnete und ehemalige Bremer DGB-Vorsitzende, am 2.2.10, ein Vierteljahr nach ihrer ersten Stellungnahme für die Hafenarbeiter, mit einem Wortbeitrag vor die demonstrierenden Hafenarbeiter zu treten, um ihnen die politische Unterstützung der SPD-Bürgerschaftsfraktion zu versichern. Sie unterstrich, ohne den GHB hätte es dieses Wachstum in den Häfen nicht gegeben, Leiharbeitsfirmen dürften hier nicht zum Einsatz kommen. Auch eine Abgeordnete von Bündnis-Die Grünen versuchte, sich an die Seite der Hafenarbeiter zu stellen. Selbst die CDU-Bürgerschaftsfraktion schickte eine Solidaritätserklärung.

Mit der im unterschriftsreifen BLG-Haustarifvertrag vereinbarten realen Lohnsenkung kann nun der BLG-Chef Aden die Kostenführerschaft in der Branche anzustreben. Die Verlängerung der Arbeitszeit sichert dem landeseigenen Unternehmen eine höhere Ausbeutung der Arbeitskräfte.

Stand: 5.2.2010 ■

Dokument: Auseinandersetzungen im Hafen schon Anfang der fünfziger Jahre



Kollegen Hafenarbeiter!

Gemeinsame Ö-T-V-Versammlung von Ringarbeitern und "grüner Ecke" in Bremen.

Es war das erste Mal, als am Sonntag, dem 14. September, von Max H i l s e die Gewerkschaftsversammlung der un-
Hafenarbeiter im "Decl
Stamm zusamm

Auch schon vor mehr als einem halben Jahrhundert, Anfang der fünfziger Jahre rangen die Hafenarbeiter darum, dass alle Arbeit hatten, rangen um einen sechstägigen Garantielohn, rangen dabei um die Kontrolle ihrer Gewerkschaftsfunktionäre. Auszüge aus einem Versammlungsbericht zeugen von dem Bemühen klassenbewusster Gewerkschafter, Betriebsrat und Vorstand unter die Kontrolle der Mitglieder zu bekommen. Die Red.

»Es war das erste Mal, als am Sonntag, dem 14. September, von Max Hilse die Gewerkschaftsversammlung der unständigen Hafenarbeiter im »Decla« eröffnet wurde, dass die Kollegen aus dem Stamm zusammen mit den Organisierten von der »grünen Ecke« gemeinsam die vom Vorstand erstellte Tagesordnung durcharbeiteten. Dass dieser gewerkschaftlichen Praxis der gemeinsamen Versammlungen eine große Bedeutung zukommt, dass sie in häufigeren Versammlungen vertieft und erweitert werden muss, dass die klassenbewussten Kollegen aus dem Ring sowohl wie die von der »grünen Ecke« ein waches Auge auf die Beibehaltung dieser Praxis werfen müssen, darüber ist sich jeder Hafenkollege klar, der weiß, wie sehr es die Kampfkraft der Bremer Hafenarbeiterschaft schwächen muss, wenn es den Unternehmern gelingt, die Spaltung der Hafenkollegen zu erweitern und für sich auszunutzen. Auch ist dies der beste Weg, um den hohen Anteil der Unorganisierten in der »grünen Ecke“ zu vermindern und sie durch den Ausgleich ihrer besonderen Interessen mit den besonderen Interessen der Ringarbeiterschaft in die gewerkschaftliche Organisation hineinzuführen.

Auf der Tagesordnung standen drei Punkte:

1. Referat über die Forderung des sechstägigen Garantie-Lohnes
2. Referat über eine Altersversorgung
3. Aussprache

Die ersten beiden Punkte der Tagesordnung wurden in einem einzigen Referat behandelt, das der Kollege Dreeke hielt. Er bemängelte eingangs, dass nicht genügend Kollegen erschienen seien. Der Kollege W. Francke erwiderte ihm später in der Aussprache, und zwar treffend, dass das nicht Schuld der Hafenkollegen sei, sondern dem Vorstand und dem Betriebsrat zugeschrieben werden müsse. Dieser habe am Sonntagmorgen die 1. und 2. Schicht vermitteln lassen, statt diese beiden Schichten auf die 3. und 4. zu verschieben. Dem Vorstand und dem Betriebsrat haben die von den Unternehmern gesparten Liegegelder offenbar mehr am Herzen gelegen als eine stark besuchte Gewerkschaftsversamm-

lung mit einer wichtigen, alle Kollegen interessierenden Tagesordnung.

Dreeke führte aus, dass die Forderung des sechstägigen Garantielohnes dadurch begründet und berechtigt sei, weil 60,- DM die Woche unter dem Existenzminimum lägen. Doch war aus seinen weiteren Ausführungen zu entnehmen, dass bisher noch nichts Ernsthaftes von Seiten der Gewerkschaftsführung unternommen wurde, um diese Forderung in die Wirklichkeit umzusetzen. Vorläufig würden die Möglichkeiten der Verwirklichung dieser Forderung in den verschiedenen Häfen von »paritätischen Ausschüssen »geprüft« die sich zu gleichen Teilen aus Unternehmervertretern (!) und Arbeitern mit einem »Neutralen« zusammensetzen. Nach Dreeke ist es Aufgabe dieser seltsamen Ausschüsse, die verschiedenen Bedingungen in den einzelnen Häfen aufeinander abzustimmen, »mit den anderen Häfen Fühlung aufzunehmen.« ...

Dann begann die Diskussion. Als erster sprach der Kollege K. Lampe. Er betonte, dass die Delegierten über den Stand der Verhandlungen um einen 6-tägigen Garantielohn laufend unterrichtet werden müssten (unter der Zustimmung der Kollegen), dass außerdem die Überarbeit im Rahmen des Tarifs abgestellt werden müsse. ... Eine weitere Resolution (wurde) *von ... dem Kollegen W.Francke eingebracht. Dieser Kollege sprach für die »grüne Ecke« und forderte diese Kollegen zur Solidarität mit den Ringarbeitern für die Erkämpfung des sechstägigen Garantielohnes auf. Er appellierte andererseits an die Ringarbeiterschaft, keine unnötigen Überschichten abzureißen und ... den Kollegen von der »grünen Ecke« gegenüber solidarisch zu handeln. ...*

Der Wille zur Solidarität, und wenn er noch so tief verwurzelt wäre, wird durch die raue Wirklichkeit der kapitalistischen Misere immer wieder durchbrochen und unterhöhlt. Der einzelne Kollege widersteht nicht immer der Versuchung, seine schmale Lohntüte auf eigene Faust durch einige Überschichten aufzubessern. Das wird so lange bleiben, wie dem Kapitalismus nicht selbst der Garaus gemacht ist. Es kann den arbeitslosen Kollegen von der »grünen Ecke« also nur dadurch geholfen werden, indem durch eine Herabsetzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für sie mehr Arbeit geschaffen wird. Das ist eine Forderung, die die Gewerkschaftsführung am letzten 1. Mai als die ihre erklärte. In dieser Richtung müssen sich vor allem die ‹arbeitslosen Hafenkollegen bewegen, sie müssen der Gewerkschaftsführung Dampf machen, dass sie langsam konkrete Schritte unternimmt.« (Archiv der Gruppe Arbeiterpolitik) ■

■ **Der hauptamtliche Apparat von ver.di:**

Viel Verständnis für die Begehrlichkeiten der Bremer Hafenbetriebe

Die Bremer Lagerhaus Gesellschaft (BLG) ist ein Eigenbetrieb des Landes (51 Prozent Aktienmehrheit), der kapitalistisch geführt wird. Der Senat nimmt keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik. Weil er die Entladsungs- und Lohnsenkungsmaßnahmen des BLG-Vorstamndes hinnimmt, wird er kritisiert.

Dieser Vorstand hat es bisher geschafft, die für den kapitalistischen Konkurrenzkampf notwendigen Einsparungen auf die Hafenarbeiter abzuwälzen. Und ver.di hat keinen Widerstand organisiert. Der Haustarifvertrag liegt zur Unterschrift vor. Was bislang schon für kleine Teilbereiche galt, soll nun für alle Beschäftigten der BLG gelten: Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich, was einem Lohnverzicht von 15 bis 20 Prozent entspricht. Für etliche Kollegen gibt es Umgruppierungen mit finanziellen Einbußen; betriebsbedingte Kündigungen wird es nicht geben.

Mit der dann erzielten Lohnsenkung im Unternehmen will BLG-Chef Aden seiner Aufgabe entsprechend höhere Profite erzielen und die Kostenführerschaft in der Branche anzustreben. Für die BLG-Beschäftigten war das Hemd kurzzeitige Arbeitsplatzsicherung wichtiger als der Rock Sicherung der Arbeitsbedingungen und des Lohnes für alle Hafenarbeiter. Mit der Zustimmung zur Arbeitszeitverlängerung der BLG-Belegschaft verzichtet ver.di nicht nur auf den Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Ver.di dividiert die Hafenarbeiter auseinander. Der BLG-Vorstand tritt jetzt frech auf und sagt, rein rechnerisch seien immer noch zweihundert Beschäftigte zu viel beim GHB. Die Zahl ergibt sich aus der dreistündigen Arbeitszeitverlängerung bei der BLG.

Der BLG-Bereich »Autotec«, einst als *»größte Autowerkstatt Europas«* gefeiert, wird zum Experimentierfeld. Der Automobilumschlag ist 2009 um 40 Prozent gesunken. Die BLG will Autotec zergliedern. Ein Teil soll dem Autoterminal Bremerhaven angegliedert werden. Mit diesen Maßnahmen wird dieser traditionell bei der IG Metall organisierte, kämpferische Bereich der BLG geschwächt. Zum Jahresende 2009 wurden über 70 Zeitvertrags-Mitarbeiter entlassen. Fast zeitgleich wurde beantragt, 60 Leiharbeiter einzustellen. Die entlassenen Kollegen wurden von einer Zeitarbeitsfirma angesprochen nach dem Motto: *»Du kannst bei uns den gleichen Job weitermachen.«* Ab Februar solle diese Zahl auf 80 erhöht werden. Langjährigen Autofahrern wird eine Besitzstandssicherung gewährt, also wie bisher 13 bis 14 Euro. Für neue Kollegen hat die BLG den Fahrertarif von 9 Euro hausintern durchgesetzt.

GHB-Kollegen wehren sich gegen Dumpinglohn – ver.di hilflos

Die BLG wollte nun alle GHB-Fahrer zum neuen Fahrertarif von 9 Euro anfordern. Als die Unternehmerseite des GHB mit ver.di darüber verhandelte, die Löhne an die abgesenkten BLG-Tarife anzupassen, demonstrierten rund 350 Hafenarbeiter und am 4.1.10 in Bremerhaven und am 14.1.10 in Bremen gegen einen solchen Dumpinglohn. Ver.di hatte die Busse von Bremerhaven nach Bremen bezahlt, doch die Richtung des Protestes wies das Komitee „Wir sind der GHB“ in einem Flugblatt: die politische Verantwortung des Bremer Senats für das Vorgehen der BLG. Die unbändige Wut der Hafenarbeiter wandte sich nicht nur gegen die BLG sondern auch gegen ver.di. Wohl wissend um die Abhängigkeit des GHB von der BLG, waren die GHB-Kollegen bei den Verhandlungen mit der BLG von ver.di abgekoppelt, die GHB-Gewerkschafter nicht einbezogen worden. *»Wir fühlen uns von der Gewerkschaft im Stich gelassen,«... »Wir bezahlen sie mit unseren Beiträgen, und sie lassen uns verhungern,«* war von den demonstrierenden GHB-Arbeiter

zu hören. Der Sprecher des GHB-Betriebsrats: »*Wenn ein Betrieb mit Lohnkürzungen anfängt, ziehen die anderen nach.*« Die ver.di-Bürokratie macht mit beim Auseinanderdividieren der Hafenarbeiter.

Die ver.di-Funktionäre gaben zu, in der Wirtschaftskrise den Unternehmerforderungen nichts entgegenzusetzen zu haben. In einer »Buten un Binnen«-Sendung von Radio Bremen jammerte BLG-Betriebsrat Wolfgang Lemke: *»Welche Möglichkeiten hätten wir denn gehabt, hier im Unternehmen die Leute noch zu halten?«... »Wir haben die neue Lohngruppe nicht gewollt. Das ist eine Forderung der Arbeitgeber gewesen!«* Auch Klaus Lindner, der extra nach Bremerhaven gekommene Bundesfachgruppenleiter Häfen von ver.di, rechtfertigte den BLG-Haustarifvertrag: *»Es gibt eine Marktsituation, die dazu führt, dass in bestimmten Bereichen die Situation sich entscheidet: entweder habe ich hohe Löhne und ich habe keine Beschäftigung. Auf so eine Situation muss reagiert werden und ist im Bereich reagiert worden.«... »Wenn der Markt auf die Beschäftigung drückt, rühren Sie in der Scheiße.«* Damit erklären die ver.di-Funktionäre ihre Kapitulation vor dem Unternehmen. Zukünftige Probleme sind also vorprogrammiert.

GHB-Kollegen durchbrechen Isolation

Während die Linkspartei in der Bremer Bürgerschaft (landtag) in einem Antrag den Senat aufforderte, seinen Einfluss bei den hafenbetrieben gegen die Lohnsenkungen geltensd zu machen, demonstrierten Hafenarbeiter ihre Entschlossenheit: Ca. 60 Personen blockierten am 28.01.10 während einer Direktsendung des Nordwestradios die Straße vor dem Kaiserhafen in Bremerhaven. Während ver.di und der GHB-Betriebsrat sich von der Blockade distanzierten, drohte die BLG beteiligten Mitarbeitern mit fristloser Kündigung und Schadenersatzklagen; denn es habe sich um keine offizielle Demonstration der Gewerkschaft gehandelt.

Doch der Kampf der aktiven GHB-Kollegen, koordiniert vom Komitee »Wir sind der GHB«, zeigte Wirkung: ver.di machte die Unterschrift beim BLG-Haustarifvertrag nun abhängig von einer Einigung beim Gesamthafenbetriebsverein und rief in dieser verfahrenen Situation anlässlich der Tarifverhandlungen am 2.2.10 erstmals *»die Hafenarbeiter aus dem Gesamthafenbetrieb und aus Hafen-Einzelbetrieben in Bremen und Bremerhaven zu einer gemeinsamen Demonstration auf«*. Wieder demonstrierten mehr als 300 gegen vom Bremer Senat gestattete Dumpinglöhne.

Diesmal waren mehrere Delegationen von Hafenbetrieben – sogar aus Hamburg – dabei, die sich solidarisch erklärten, ebenso wie der DGB, die SPD-, Bündnis Die Grünen- und CDU-Bürgerschaftsfraktionen. Ver.di entschuldigte sich dafür, dass nicht-organisierte Hafenarbeiter im Bus nicht wie versprochen zu dieser Kundgebung mitgenommen worden waren. Der ver.di-Arbeiterausschuss unterstützte die GHB-Kollegen in ihrem Kampf gegen Dumpinglöhne. Die ver.di-Verhandlungskommission strebt für die Autofahrer eine Regelung wie bei der BLG an, lehnt einsatzbezogene Bezahlung ab und weist einen Griff in die Garantielohnkasse zurück. Die Verantwortung des Senats wurde angesprochen und ver.di sicherte zu, mit dem SPD-Hafensenator zu sprechen.

Ein Redner vom Komitee forderte, keinen Hafenarbeiter zu benachteiligen, die BLG solle die Bücher offen legen, um nachzuweisen, wo die Riesengewinne aus der Boomzeit geblieben seien, der Verhandlungskommission müsse der Rücken gestärkt werden. Der Redebeitrag eines Hafenarbeiters sprach die Rolle der Kollegen selber an: Alle müssen auf die Straße. Es geht inzwischen um Existenzen. Ver.di sind wir alle, wenn wir es wollen. Wir haben uns bisher in der Gewerkschaft zu wenig engagiert, deshalb haben einige Funktionäre versagt. Auch die Acht-Euro-Kollegen müssen wir zum Mitkämpfen ins Boot holen.

Gewerkschaft den Arbeiterinteressen dienlich machen

Wenn auch der Betriebsrat der Bremer Lagerhaus Gesellschaft nicht über den Tellerrand seines Betriebes hinaus sieht und denkt – ver.di darf sich nicht dem Geschäftsinteresse eines Betriebes unterordnen. Die Gewerkschaften sind von Arbeitern gegründet worden, um die Konkurrenz untereinander aufzuheben und gemeinsam gegen den Unternehmer auftreten zu können. Das ist ihre Funktion im Kapitalismus. Und anders kann besonders in der Krise keine Kampfkraft der Arbeiter zur Verteidigung ihrer Interessen entwickelt werden. Diese Funktion erfüllte ver.di bislang für die Hafenarbeiter in Bremen und Bremerhaven nicht. Wenn sich die Gewerkschaft dem Konkurrenzinteresse eines Betriebes unterordnet, hat sie nicht das Gesamtinteresse der Arbeiter im Auge. Anstatt den Betriebsräten Richtung für ihr Handeln zu geben, wird die Gewerkschaft Werkzeug der beschränkten Interessen von Betriebsräten der Großbetriebe. Das allgemeine gewerkschaftliche Interesse darf dem kapitalistischen Markt nicht geopfert werden.

Der kapitalistische Konkurrenzkampf stellt die Beschäftigten der Betriebe gegeneinander: Hafenarbeiter verschiedener Betriebe eines Hafens, Hafenarbeiter verschiedener Häfen und in Häfen verschiedener Länder.

Dem kann nur mit einer Gewerkschaftspolitik begegnet werden, die das Gesamtinteresse der lohnabhängig Beschäftigten – auch international – im Blick hat. Zu erreichen ist das nur durch das aktive Eingreifen der Gewerkschaftsmitglieder selber – indem sie sich ihre Organisation nutzbar machen. Besonders dem Druck von Betrieben anderer Branchen, wie Automobil und Schifffahrt, auf die Hafenbetriebe, ist nicht mit Tarifkämpfen zu begegnen. Hier ist das solidarische Handeln über die eigene Branche hinaus gefragt. Das ist nur möglich mit einer breiten Diskussion über die entstehenden gewerkschaftlichen und politischen Fragen.

Wirtschaftskrisen gehören zum Wesen des Kapitalismus. Die Unternehmer sind immer darauf aus, sie auf dem Rücken der Belegschaften zu überwinden. Wenn Unternehmen in der Wirtschaftskrise Arbeiter nicht mehr brauchen, trennen sie sich von ihnen. Die Erfahrungen zeigen, dass Arbeitern Verzicht keine Verbesserung der sozialen Lage bringt. Die lohnabhängige Bevölkerung kann sich nur gegen das Elend des Sozialabbaus wehren, wenn sie sich nicht wie die Gewerkschaftsbürokratie der Logik des Konkurrenzkampfes der Kapitalisten unterwirft. ■

AM 2.FEBRUAR 2010 VOR DEM GHBV-GEBÄUDE

Zwei Auffassungen von gewerkschaftlicher Politik

Der offizielle gewerkschaftliche »Instrumentenkasten« kennt in der beginnenden Krise nur Anpassung an die Forderungen der Unternehmer und sichert damit nur vorübergehend Arbeitsplätze, indem er die Spaltung unter den Beschäftigten vertieft. Hören wir zuerst den Kollegen Lindner, verdi-Bundesfachgruppenleiter Häfen zum Stand der Tarifverhandlungen:

»*Wir haben einen enormen Einbruch an Beschäftigung in den bremischen Häfen, ... die vorhandene Arbeit muss so gut wie möglich auf die vorhandenen Kollegen verteilt werden und wir haben beim GHB gesehen, dass das dazu führte, dass ihr schon über tausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abbauen musstet. Wir wissen, dass bei Euch eine große Angst da ist, dass es zu weiteren Einschnitten kommen soll ... wir stehen bei Euch, den Kollegen des GHB, sowohl vor der Frage, neue Lohnstruktur wie auch weitere Sicherung von Beschäftigung.*

Und in diesem Zusammenhang, Lohnstruktur, weitere Absicherung der Beschäftigung. ... Wir wissen, dass die wirtschaftliche Lage in diesem Autoterminal so ist, dass mit den derzeit dort (in Zeebrügge) *gezahlten Löhnen unseren Hafenarbeiternlöhnen über kurz oder lang die Lichter ausgehen werden. Ich spreche erstmal nur den Bereich der BLG an – dort ist vereinbart worden, dass die Stammbeschäftigten ... eine Besitzstandsregelung bekommen. Wir wollen für die, die derzeit in dem Bereich Autofahren eingesetzt werden, erreichen, dass die, die Stammbeschäftigte sind, weiterhin in diesem Lohngefüge mit drin sind.*

Das wird für Euch, ich will es nicht beschönigen, schwieriger sein, als das, was bei der BLG vereinbart worden ist. Warum ist das so? Wir wissen, dass bei Euch bis zu über tausend Beschäftigte bereits abgebaut worden sind, das heißt also, es gibt keine Arbeitnehmer, die neu hereinkommen könnten und die dann für einen niedrigeren Stundenlohn arbeiten könnten. Das ist ja bei der BLG geregelt, Kollegen wie ihr, die Stammbeschäftigten bleiben praktisch in ihrem Bereich und die neuen Kollegen, gut, die sind halt in der Situation »Vogel friss oder stirb«, die müssen sich eben entscheiden, ob sie für die neun Euro kommen oder nicht, das ist eben eine andere Situation als bei Euch, wo ihr nur Stammbeschäftigte seid.

Wir haben hier bei Euch im Hintergrund (nur) *die Garantielohnkasse,* (wenn) *die Garantielohnkasse mehr oder minder leer läuft und dass das dazu führen könnte, dass der ganze Bereich, der GHB insolvent wird mit der Konsequenz Arbeitslosigkeit für alle hier. Wobei wir alle wissen, dieses »insolvent« und »arbeitslos« ist ja nur Scheinargument, denn die Arbeitsverleiher stehen ja um uns herum. AutoTec entlässt die Leute bzw. beschäftigt sie nicht mehr weiter und dann kommen sie schwupp di wupp über den Arbeitsverleiher zu weitaus geringeren Lohn herein.*

Und das wollen wir natürlich verhindern. Das heißt also, wir müssen auf der einen Seite die Lohnsicherung betreiben in Richtung auf die Lohngruppe 1, wir müssen aber auf der anderen Seite auch zur Sicherung der Beschäftigung beim GHBV in Richtung Besitzstandswahrung gehen. Und dass wir existenzsichernde Maßnahmen ergreifen, dazu haben wir einen entsprechenden Beschäftigungssicherungstarifvertrag, der dann auch sicherstellt, dass die wirtschaftliche Lage berücksichtigt wird, eure Lage berücksichtigt wird und auf dieser Basis Vereinbarungen getroffen werden können, dass die Arbeitnehmer entsprechend weiter beschäftigt werden.

Denn die Alternative könnte durchaus sein, dass vor drohender Insolvenz eine weitere Kündigungswelle oder eine Welle von Änderungskündigungen in den GHB-Bereich hineingeht und das wollen wir natürlich auf jeden Fall verhandeln und verhindern. (Zwischenruf: „Wir wollen keine neun Euro, mehr nicht!) *Leider, lieber Kollege, ist es so, dass wir auf dem Verhandlungswege diesen kurzen Weg leider nicht haben, sondern wir haben eben hier eine Situation, dass wir sagen könnten: Wir verhandeln kein Stück darüber, wir lassen alles, wie es ist, dann habt ihr, wie jetzt immer auch noch, Eure 13, 14 Euro und nichts bewegt sich. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, so einfach ist es ja nicht und letztlich wisst ihr das ja auch, weil dann die Situation entsteht, dass von diesem hohem Lohn einfach nicht mehr abgefordert wird* (Protest) (Worte unverständlich)

Deshalb verhandeln wir für Euch, für Euch, jetzt rede ich ausschließlich für die GHB-Leute – Du bist ein GHB-Mann? (Antwort: Siehst Du die Jacke nicht!) *Für Euch, für Dich verhandeln wir da drinnen dann, dass ihr nicht auf die neun Euro kommt ...*

Und jetzt kommt ein zweiter Punkt: Wir haben von der Arbeitgeberseite als zweite Forderung die einsatz- oder aufgabenbezogene Bezahlung. Einsatzbezogene Bezahlung bedeutet ja nichts anderes: Du sitzt heute auf einem Carrierfahrer oder du sitzt heute auf der Containerbrücke und in dem Moment, wo du Auto fährst, landest du im alten Tarif bei 13, 14 Euro. Das will ja auch keiner von uns.

Das heißt also zweiter Knackpunkt – niemand will dass derjenige, der bisher eine feste Eingruppierung hat, dass er dann, wenn er beispielsweise fürs Autofahren eingesetzt wird, nur noch die Lohngruppe 1 kriegt. Hier gibt es eine ganz klare Haltung der Tarifkommission Sonderbestimmung bremische Häfen. Wir haben ganz klar gesagt, eine solche einsatzbezogene Bezahlung kann es als Sonderfall für die bremischen Häfen hier auf gar keinen Fall geben.

Das heißt also, wir haben hier mindestens zwei Problempunkte, die wir in den Griff kriegen müssen. Einmal die Frage: Wirken sich die 9 Euro BLG auf Euch, auf die GHB-Beschäftigten so aus, dass ihr zukünftig auch nur 9 Euro bekommt. Hier sagen wir Nein, das wollen wir nicht, wir wollen für Euch entsprechende Besitzstandsregelungen, so wie es auch die Kollegen bei der BLG haben. Der zweite Punkt ist, wir wollen auf gar keinen Fall eine Regelung einsatzbezogene Bezahlung hier als Sonderregelung für die bremischen Häfen. Dies also als Überblick, was es heute zu verhandeln gibt.

Hören wir dann den Hafenkollegen Paul, der sich mit drei Beiträgen einmischt:

»*Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich erst einmal ganz herzlich bedanken bei denen, die heute für uns angetreten sind bei dem Sauwetter, Kollegen von HAB, Kollegen von HHLA aus Hamburg, von Eurogate, von NTB, natürlich der GHB, alle Hafen-Einzelbetriebe sind hier vertreten, das ist natürlich eine schöne Sache.*

Kollegen, am Freitag war bei »Buten und Binnen« (Regionalfernsehen Bremen) *zu hören, dass das Direktorium der BLG dem GHB empfiehlt, noch zweihundert Mann rauszuschmeißen, damit der GHB nach Aussage des Direktoriums nicht in Insolvenz muss im Herbst. Diese Insolvenz, wenn sie uns denn bedroht, und sie scheint uns wirklich zu bedrohen, ist aus meiner Sicht vom Direktorium der BLG fast vorgeplant, so kommt es mir vor. Denn in dem Moment, wo wir noch mehr Leute freisetzen – wir können jetzt schon ta-*

geweise die Arbeit nicht mehr erledigen im Hafen, weil so viel zu tun ist, so stark ist die Krise nicht wie sie dargestellt wird aus meiner Sicht – werden Aushilfsarbeiter bzw. Arbeiter, die nichts mit der Hafenarbeit zu tun haben, bei uns eingesetzt. Die Firma Jaku? war schon da und soll dann wieder herkommen. Das kann nicht sein. Da ist meine Forderung an den Bürgermeister des Landes Bremen und den Hafensenator, dass er endlich mal seiner Verantwortung gerecht wird und die Augen aufmacht, was in seinen bremischen Häfen passiert. Es kann nicht sein, dass 60 Jahre Tarifpolitik so einfach mit einem Federstrich vom Tisch gewischt wird. Es werden Sachen aus den Schubladen geholt, die dort seit 25 Jahren schlummern und die Arbeitgeber haben darauf gewartet auf diese Krise, um das endlich auszunutzen.

Noch Kollegen, sind wir alle zusammen und wir sollten uns nicht auseinanderdividieren lassen und unsere gewerkschaftlichen Vertreter unterstützen bei diesen Verhandlungen und klipp und klar sagen, wenn denn die Tarifverhandlungen scheitern und wir sind dann in Lage zu streiken, dann sollten wir auch so streiken, dass es richtig weh tut. Die Lukendeckel sollten an Land bleiben, so dass die Schiffe nicht auslaufen können, die Schwergutteile, die auf den RoRo-Carriern stehen, so dass die Rampen nicht hoch genommen werden können und die Schiffe nicht geschleust werden können. Vielleicht werden die Leute dann wach. Ich hoffe, dass es nicht soweit kommen muss, dass man sich vorher vernünftig einigen kann. Aber wenn nicht, sie sollten wissen, dass wir dazu bereit sind.«

Nach einigen Beiträgen anderer mischt Paul sich wieder ein: *»Kolleginnen und Kollegen, ob das ein sachlicher Beitrag wird, weiß ich nicht. Ich bin Gott sei Dank auch nur Hafenarbeiter und das bin ich gern. Was ich denen da oben noch mal mit auf den Weg geben möchte, wenn sie aus dem Fenster gucken und uns im Schnee stehen sehen: Egal was bei den Verhandlungen jetzt herauskommt, was nicht sein darf aus meiner Sicht, dass es einen Bestandsschutz für uns Hafenarbeiter gibt und dass man hier einen Schnitt macht für das Jahr 2010??? Und sagt, alle die jetzt einen festen Hafenarbeitsplatz haben, kriegen ihren Lohn und alle die nach uns kommen bzw. die Aushilfsarbeiter, denn die brauchen wir in den bremischen Häfen, dass die hinten anstehen. Das kann aus meiner Sicht nicht sein, dann würde ich mich schämen Hafenarbeiter zu sein. Kollegen, wenn hier ein Kompromiss gefunden wird, dann sollte er fair sein.*

Und zur Fairness gehört aus meiner Sicht auch, wenn es einem Betrieb und meinetwegen jetzt der BLG finanziell wirklich so schlecht geht, dann möchte ich aber auch wissen und dafür sind die Aufsichtsräte da, ***warum*** *es denn so schlecht geht. Wir haben Arbeit in Bremen und Bremerhaven reichlich gehabt und reichlich gemacht und dementsprechend müssten auch eigentlich die Gewinne da sein.??? Ich möchte wissen, wo das Geld geblieben ist. Die BLG ist mittlerweile europaweit aktiv??? Hafen gegründet, man ist auch nach St. Petersburg gegangen, und ich möchte wissen, ob dort wirklich die Erträge erzielt werden, die das Direktorium sich vorgestellt hat, oder ob wir die Arbeitsplätze dort mit unseren Knochen subventionieren müssen.* ***Solange man die Bücher nicht offen legt und das ist wieder meine Forderung an den Senat****, denn er ist der Anteilseigner mit 51 Prozent, solange sollen die uns in Ruhe lassen und nicht so ein dummes Zeug quatschen von 9 Euro oder Ausweitung des ASC-Tarifes?? Das ist nämlich die nächste große Bedrohung, die auf uns zukommt. Es nützt uns nichts, wenn die sagen, du bekommst 20 Euro für Hafenarbeit weiter, aber wir kürzen einfach die Hafenarbeit und sagen diese Fläche hier ist ASC und da hast Du als Hafenarbeiter nichts mehr zu suchen, dann habe ich da auch nichts von, dann nützt mir die Lohngruppe nichts, dann werde ich irgendwann im September beim Arbeitsamt auflaufen.«*

Und ein drittes Mal meldet er sich zu Wort: *»Der Senat hat sich bis jetzt sehr, sehr bedeckt gehalten. Ich glaube, es wäre gar nicht schlecht, wenn man über die Bürgerschaft ein großes Plakat hinhängt und »Senat Schlecker XXL« oder »Senator XXL« hinschreibt?? (*Zwischenruf: »Port Package« *lehnt man ab und jetzt macht man mit uns »Port Package«). So ist es. Es darf doch heutzutage in unserer aufgeklärten Gesellschaft nicht sein, dass man so mit Leuten verfährt. Es leiden doch dann nicht nur wir Hafenarbeiter, sondern auch Außenstehende. Wenn ich kein Geld mehr verdiene, wenn wir alle kein Geld mehr verdienen, dann wird von uns allen, die zur Zeit Leistungsträger dieser Gesellschaft sind, kein Beitrag mehr geleistet zur Kranken- und Arbeitslosen- und Rentenversicherung? Die, die jetzt in Rente sind, sind doch da dringend darauf angewiesen, das wir dort Einzahlungen machen. Wenn das nicht mehr stattfindet und ich bei neun Euro bin, kann ich zu meinem Gemeindebüro hingehen und zur Arge und sagen, bitte Kohle, ich brauch Stütze. Das kann doch nicht sein, da muss doch die Politik irgendwann mal wach werden.*

Der Betriebsratskollege von Porsche hat in einer Talkshow, die ich mir in letzter Zeit häufiger ansehe, ein sehr gutes Beispiel genannt. Er hat gesagt, er hat überhaupt nichts gegen Leiharbeiter, nicht das geringste, aber ***Leiharbeiter müssen den gleichen Lohn bekommen wie Stammbeschäftigte plus 10 Prozent****, weil sie flexibler sein müssen. Wenn wir das in der Bundesrepublik Deutschland hätten, dann würde das Schreckgespenst Leiharbeit kein Schreckgespenst mehr sein, dann würden die Arbeitgeber endlich wieder dazu übergehen, ihre Stammbelegschaft zu pflegen und sich darüber freuen, dass sie Leute haben, die vierzig, fünfzig Jahre dem Betrieb treu sind und täglich ihre Arbeit machen und selbst bei diesem Sauwetter pünktlich antreten.*

Kollegen, lasst uns der Verhandlungskommission, die dort oben sitzt und für uns verhandelt, den Rücken stark machen und den anderen machen wir Feuer unterm Arsch«

Und ein drittes mal ergreift Paul das Wort: *»Kollegen, hier ist gerade diskutiert worden über die Gewerkschaft verdi: Ich möchte dazu mein Statement abgeben. Es ist gefragt worden, wo war ver.di, wo ist ver.di? ver.di, Kollegen sind wir alle, wenn wir es sein wollen! Es hat ein Einzelner und es haben vielleicht vier, fünf Andere mit Scheiße gebaut oder geschlafen. Wir haben sie geweckt und sie sind da. Und dass ein Einzelner vielleicht Scheiße gebaut hat, dass da ein Falscher oder ein Schwacher auf dem Stuhl saß, das ist unsere Schuld,* ***weil wir uns zu wenig engagiert haben. Und da beziehe ich mich mit ein****: Ich habe mich fünfzehn Jahre aus dieser ganzen Scheiße herausgehalten und habe gesagt, lasst mich in Ruhe – nach dem Motto: Wasch mir den Buckel, aber mach mich nicht nass. Das ist jetzt vorbei. Lasst uns zusammenhalten und nicht darüber diskutieren, wer jetzt wem in die Kniekehlen treten kann. Das wäre das Falscheste, dann überlaufen die uns da oben, dann machen die uns platt. Die Entschlossenheit, die wir jetzt hier haben, hätte uns allen gut getan, uns allen und der ganzen Gesellschaft. Wenn wir die schon letzten Sommer gehabt hätten als die ersten 700 beim GHB rausgeflogen sind – auch da hätte es vielleicht andere Möglichkeiten gegeben. Ich weiß nicht, was man jetzt noch nachbessern kann, aber ich bin mir ganz, ganz sicher, wenn wir zusammenhalten, können wir einiges nachbessern und in der Zukunft besser machen. Und die Kollegen, die jetzt für acht oder neun Euro arbeiten müssen, dass wir die wieder in unser Boot holen und dass wir ihnen klipp und klar zeigen, es sind unsere Kollegen.* (??Worte gehen im Beifall unter) ***Es sind Hafenarbeiter und Hafenarbeit muss Hafenarbeit bleiben!*** ■

■ Die ersten hundert Tage der schwarz-gelben Koalition

Im Kampf um die Mitte der Gesellschaft

Egal, wie es kommt: Geht es nach dem Willen der FDP und ihrer Fraktionsvorsitzenden Birgit Homburger, dann erhalten die besser Verdienenden und die Reichen in Deutschland von 2011 an durch Steuerentlastung jährlich 24 Milliarden Euro mehr. Falls es nicht zu Steuermehreinnahmen in gleichem Umfang kommt, soll der Betrag durch Einsparungen bei der Bundesagentur für Arbeit und im Etat des Familienministeriums erwirtschaftet werden.

Zum 1. Januar 2010 traten bereits Steuerentlastungen im Volumen von über 20 Milliarden Euro in Kraft, überwiegend zu Gunsten von Unternehmern und Beziehern höherer Einkommen, darunter die Absenkung der Mehrwertsteuer für Übernachtungen in Hotels auf sieben Prozent.

Von 2011 an muss das Haushaltsdefizit des Bundes um jährlich zehn Milliarden Euro sinken, damit im Jahr 2016 ein verfassungsgemäßer Haushalt vorgelegt werden kann (sog. Schuldenbremse).

Vor diesem Hintergrund ist klar, dass selbst bei einem Konjunkturanstieg kräftige Einschnitte bei den Leistungen des Bundes für die Lohnabhängigen und die Erwerbslosen in Aussicht stehen, auch wenn Einzelheiten vor den Landtagswahlen im Mai diesen Jahres in Nordrhein-Westfalen von den Regierungsfraktionen derzeit nicht öffentlich diskutiert werden.

Eine neue Agenda 2020?

Die FDP beruft sich darauf, dass die zweite Stufe der Steuerentlastung ab 2011 im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Der CSU-Vorsitzende, Horst Seehofer, betont dagegen, dass ein solcher Schritt von der künftigen Haushaltslage abhängig gemacht werden sollte. So wird um einen wichtigen Punkt der Koalitionsvereinbarung bereits zu Beginn der Legislaturperiode gestritten. Die Bundeskanzlerin hält sich einstweilen zurück; die Angelegenheit ist heikel.

Die Folgen der Wirtschaftskrise nehmen auch den Volksparteien CDU und CSU die Möglichkeit, sowohl den Unternehmern als auch ihren Anhängern unter den Lohnabhängigen entgegen zu kommen. Heute ist es so, dass, was den Einen gegeben wird, den Andern genommen werden muss. So, wie die SPD unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, bei damals an die fünf Millionen registrierten Erwerbslosen zu Lasten der Lohnabhängigen die Agenda-2010-Reform durchsetzte und damit den tiefen Sturz seiner Partei in Gang setzte, droht nun auch den anderen Volksparteien, zwischen den Ansprüchen der Unternehmer und den Forderungen der lohnabhängigen Bevölkerung zerrieben zu werden. Diese Widersprüche wirken deutlich auch innerhalb der Parteien selbst: Wenn aus der CDU heraus Angela Merkel vorgeworfen wird, in der gegebenen Situation keine klare Linie vorzugeben, so verweist das auf den parteiinternen Kampf zwischen dem so genannten Wirtschaftsflügel und dem Arbeitnehmerflügel, die beide jeweils gern die Kanzlerin auf ihrer Seite wüssten. Nach Lage der Dinge würde eine offene Parteinahme der CDU-Vorsitzenden für den Wirtschaftsflügel die lohnabhängigen Wähler verprellen; stellte sie sich auf die Seite des Arbeitnehmerflügels, würde sie das unternehmerfreundliche Klientel verärgern und die FDP stärken.

Auch in den Wirtschaftskrisen der vorangegangenen Jahrzehnte, etwa in den siebziger oder achtziger Jahren, kamen solche Konflikte vor. Die Volksparteien waren aber nach dem jeweils nächsten Konjunkturaufschwung stets wieder imstande, sich bzw. ihre Wählerschaft weitgehend zu regenerieren. Aber seit den Erfahrungen der SPD mit der Agenda 2010 ist die Welt insoweit nicht mehr die gleiche: Nicht nur verlor die Sozialdemokratie im Bund binnen zehn Jahren die Hälfte ihrer Wähler, ohne Hoffnung, sie auf absehbare Zeit zurück zu gewinnen, sondern es entstand neben ihr in der Folge eine zweite sozialdemokratische Partei, die gezeigt hat, dass sie sowohl im so genannten Prekariat als auch bei den quali-

FAZ, 23.01.10

Im Kern der Krise

Von Holger Steltzner

Der amerikanische Präsident Obama scheint doch den Kampf mit der Wall Street aufzunehmen. Der Verfall seiner Popularität, der Verlust des Senatssitzes für die Demokr[illegible]

[illegible]nnen können. Mit Unverständnis werden die wieder sprudelnden Milliardengewinne der Banken zur Kenntnis genommen. Boni in Milliardenhöhe von Investmentbanken wie Goldman Sachs, die Mitverursacher und Profiteure der Krise zugleich sind, provozieren nicht nur Politiker. Weil die Investmentbanker ihr Verhalten nicht ändern werden, muss die Gemeinschaft verhindern, von ihnen noch einmal in Geiselhaft genommen zu werden. Damit ist die Politik endlich im Kern der Krise angelangt.

Nie wieder dürfen Banken Staaten erpressen, nie wieder dürfen die Kosten für die Rettung des Finanzsystems auf die Steuerzahler umgelegt werden, während die vorherigen und die nachfolgenden Gewinne von einigen wenigen privat eingestrichen werden. Eine Debatte über vertretbare Größe

fizierten Lohnabhängigen Vertrauen genießt und Wählerstimmen mobilisieren kann. Diese Erfahrung können CDU/CSU nicht ignorieren; wenn sie ihre lohnabhängigen Wähler verprellen, könnten auch sie diese dauerhaft verlieren, ohne nach der bürgerlichen Sei-te hin Ausgleich dafür zu gewinnen.

Der sich abzeichnende Konflikt zwischen FDP und CDU/CSU hat somit tiefere Ursachen als allein die Landtagswahl in NRW. Für die FDP, die ihren Erfolg bei der Bundestagswahl 2009 in erster Linie den Leihstimmen aus dem bürgerlichen CDU/CSU-Lager verdankt, steht und fällt ihre Position in erster Linie mit den Steuerentlastungen, die sie für ihr bürgerliches Publikum durchsetzen kann. Die Unionsparteien dagegen müssen lavieren – und das geht nur zu Lasten der FDP. Ob es einen Ausgleich geben wird, kann heute niemand definitiv sagen; sicher ist nur, dass der Streit zwischen den Koalitionspartnern zunehmen und der Ton schärfer werden wird. Allerdings haben die Unionsparteien für den Notfall wahrscheinlich mit der SPD einen alternativen Koalitionär in Reserve, was Westerwelle & Co. schließlich doch Zügel anlegen wird.

Allerdings gelten diese taktischen Finessen nur unter der Voraussetzung, dass die Konjunktur wieder anspringt und damit die Steuereinnahmen stabil bleiben oder gar steigen und dass die Sozialversicherungen nicht tief ins Defizit fallen, etwa bei stark ansteigender Erwerbslosigkeit. Gibt es keine nachhaltige Konjunkturerholung und steigen die Arbeitslosenzahlen, dann stehen auch die Unionsparteien vor einer Situation, wie sie unter der Schröder-Regierung gegeben war. Dann müssen auch sie große Teile ihrer lohnabhängigen Mitglieder und Wählerschaft durch rigorose Einschnitte ins soziale Netz enttäuschen und sie in die Wahlenthaltung oder nach links in die Arme von SPD oder Linkspartei treiben – oder nach rechts, an den braunen Rand.

Es mehren sich bereits die Hinweise aus den Kommunen, dass ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuung – ein Kernelement der bürgerlichen Reformversprechen – in Frage steht und dass vielmehr Gebühren für kommunale Einrichtungen wie Büchereien, Schwimmbäder und Kindertageseinrichtungen unumgänglich werden. Die besonders prekäre Lage der Kommunen rührt daher, dass sie von mehreren Seiten zugleich unter Druck geraten: Zuwendungen des Bundes und der Länder stagnieren oder werden abgesenkt; auf der anderen Seite brechen krisenbedingt die Einnahmen aus der Gewerbesteuer ein und die sozialen Aufwendungen steigen an.

Nachwirkungen der Vergangenheit

Die Sozialpartnerschaft in Deutschland beinhaltet weit mehr als Co-Management. Sie basiert auf der Erfahrung breiter Massen, dass mehr als ein halbes Jahrhundert schiedlich-friedlichen Miteinanders in der Klassengesellschaft auch einem Großteil der Lohnabhängigen erträgliche bis gute Lebensverhältnisse und ausreichende individuelle Perspektiven gebracht hat. Dass daneben zugleich die Zahl der Menschen in prekären Lebensverhältnissen angewachsen ist, wird mittlerweile zur Kenntnis genommen, ändert aber nichts an der grundsätzlich positiven Haltung der erwerbstätigen Bevölkerung. Der Untergang des weltweit ersten sozialistischen Versuchs vor etwa zwanzig Jahren erschwert es der lohnabhängigen Bevölkerung, Zugang zu einer Perspektive jenseits des Kapitalismus zu finden.

Unter den gegebenen Umständen liegt der größte Nachteil, insbesondere für die kommunistische Linke, in Deutschland darin, dass es kaum Fälle von kollektiven, klassenbezogenen Aktionen der Erwerbstätigen gab und gibt und dass die wenigen Beispiele kollektiver Gegenwehr gegen die Unternehmer und ihre Regierung in der Vergangenheit oft erfolglos ausgingen und in der Regel vereinzelt und isoliert blieben.

Wo es – wie im vergangenen Jahr bei den Studierenden und Schülern – bundesweite Protestaktionen gab, gingen deren gesellschaftspolitisch engagierte Repräsentanten eher zur Linkspartei als zu kommunistischen Gruppierungen. Während Ende der sechziger Jahre die Sozialdemokratie durch ihre Haltung zu den Notstandsgesetzen und ihrer erkennbar linksbürgerlichen Politik (Stichwort Godesberger Programm) bei den links orientierten Studierenden diskreditiert war, steht nun mit der Linkspartei eine sich als realpolitische Alternative darstellende Opposition zur Verfügung; und die kommunistische Linke hat mit der Sowjetunion eine reale Alternative verloren, was auch deren nicht-orthodoxe Strömungen schwächt. Die Linkspartei wirbt bei Wahlkämpfen insbesondere damit, dass ihre Stärkung die SPD zu einer »echten« sozialdemokratischen Politik zwinge, die Links-Wähler ihre Stimme also nicht verschenkten, falls die Partei den Sprung in die Regierung verpasste. In ihrer Praxis als Teil einer Landesregierung – wie z.B. in Berlin und Brandenburg – verhälten sich die Linkspartei nicht anders, als die alte SPD. Insoweit ist auch die Linkspartei ein weiteres Glied in der Kette, durch die die Lohnabhängigen an die Sozialpartnerschaft gefesselt werden. *Stand 26.1.10* ■

Steuersenkungen

● **Mehrwertsteuer:** Für Übernachtungen im Hotelgewerbe gilt ein reduzierter Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent.

● **Unternehmensteuern:** Die »Zinsschranke« wird wieder gelockert. D.h. die Aufwendungen für Schuldzinsen werden wieder in größerem Umfang steuermindernd anerkannt; so können z.B. Konzerntöchter in Deutschland Gewinne steuerfrei ins Ausland transferieren. Auch bei Abschreibungen und der Gewerbesteuer gelten günstigere Regelungen für Unternehmen.

● **Erbschaftssteuer:** Für Geschwister, Nichten und Neffen gelten künftig ermäßigte Erbschaftssteuersätze zwischen 15 und 43 Prozent (vorher 30 bis 50 Prozent). Auflagen für Firmenerben für die Befreiung von der Erbschaftssteuer werden gelockert. Die Frist, innerhalb derer zur Beibehaltung der Arbeitsplätze die Lohnsumme nicht sinken darf, wird auf fünf Jahre verkürzt und die zu erbringende Gesamtlohnsumme für diesen Zeitraum auf 400 Prozent des Ausgangsbetrags verkürzt.

● **Vorsorgeaufwendungen:** Die Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen werden auf bis zu 2800 Euro erhöht.

● **Grundfreibetrag:** Der steuerliche Grundfreibetrag steigt für Ledige um 70 Euro auf jährlich 8004 Euro, für Verheiratete ums Doppelte; Einkommen unter diesen Beträgen sind steuerfrei.

● **Familienentlastung:** Der jährliche Kinderfreibetrag steigt um 84 Euro. Das monatliche Kindergeld wird je Kind um je 20 Euro erhöht. Der Höchstbetrag für abziehbare Unterhaltsleistungen an gesetzlich Unterhaltsberechtigte wird angehoben.

● **Ehegattensplitting:** Durch Wahl der Steuerklasse sollen Eheleute mit unterschiedlich hohen Einkommen die Vorteile des steuerlichen Ehegattensplitting bereits bei der monatlichen Lohnauszahlung und nicht erst beim Steuerjahresausgleich erfahren. ■

■ BILDUNGSPOLITIK IN HAMBURG

Gegen die Wand gefahren

Als im November 2009 die Initiative »Wir wollen lernen« über 180.000 Unterschriften für das Volksbegehren gegen die Schulreform des schwarzgrünen Senats vorlegte und damit über 100.000 mehr, als nötig gewesen wären, war das Chaos in der Hamburger Bildungspolitik perfekt. Das Vorhaben der grünen Bildungssenatorin Goetsch, die Primarschule auf sechs Jahre zu verlängern und damit die Entscheidung, auf welche Schule die Kinder danach gehen sollen, um zwei Jahre zu verschieben, droht in einem nun möglich gewordenen Volksentscheid im Sommer 2010 unterzugehen.

Die Lage ist deshalb so verfahren, weil gleich mehrere aktuelle schulpolitische Reformvorhaben des Senats, mit denen zur Zeit die Hamburger Schulen durcheinander gewirbelt werden und die sich zum Teil widersprechen, mit dem Auftauchen der Initiative »Wir wollen lernen« und deren erfolgreichem Volksbegehren vor einem Scheitern stehen. Für die CDU mit ihrem Bürgermeister Beust ist die Sache deshalb so brisant, weil die Betreiber der Initiative aus ihrem eigenen bürgerlichen Lager stammen. Es sind vornehmlich bildungsbürgerliche Schichten aus den besseren Stadtteilen, die um die schulischen Privilegien ihrer Kinder fürchten, wenn diese länger mit den Kindern des »gemeinen Pöbels« auf eine Schule gehen. Ein Volksentscheid –der nächste Schritt nach dem Volksbegehren- würde deshalb die CDU in der Mitte auseinander reißen, weshalb sie alles tun wird, um diesen zu vermeiden. Dies kann aber nur auf Kosten des Koalitionspartners, der GAL, gehen, für die wiederum die sechsjährige Primarschule quasi das einzige ist, was sie in den Koalitionsverhandlungen im Frühjahr 2008 mit der CDU durchsetzen konnte.

Oberflächlich betrachtet ist die Karre dermaßen verfahren, dass man kaum noch erkennt, dass die so genannten Schulreformen des Hamburger Senats im Kern nichts anderes als bürgerliche Klassenpolitik sind.

Bürgerliche Gegenreform: Zerschlagung der sozialdemokratischen Schulpolitik seit den 70er Jahren

Seit den Bürgerschaftswahlen 2001 ist die CDU in Hamburg die beherrschende Kraft. Bis 2004 regierte sie mit der (inzwischen verschwundenen) rechtslastigen Schillpartei und der FDP, von 2004 bis 2008 regierte sie allein und seit 2008 zusammen mit der GAL (Grün-Alternative-Liste, wie sich die Hamburger Grünen nennen). Schulpolitisch ist seitdem ein **Frontalangriff auf die von der SPD in den 70er und 80er Jahren geschaffenen Schulstrukturen** zu beobachten. Der erste Angriff galt den **Berufsschulen**, dann ging es gegen die **Gesamtschulen** und für die Gymnasien. Der gemeinsame Kern ist dabei Förderung der bürgerlichen Eliten und die zunehmende Ausgrenzung nicht bürgerlicher Schichten aus der so genannten »Höheren Bildung« durch verschärfte Selektion.

Die Bildungsreformen der 70er Jahre waren vor allem durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet: die Einführung der Gesamtschulen und der Ausbau der Berufsschulen. Mit der Gesamtschule hofften die SPD und die GEW, mehr Chancengleichheit für Arbeiterkinder im Schulwesen verwirklichen zu können. Sie sollte Schüler aller Bildungsniveaus gemeinsam bis zur zehnten Klasse unterrichten ohne eine Selektion nach Klasse vier. Insgesamt wurden in Hamburg 42 Gesamtschulen gegründet, daneben blieb aber das dreigliedrige Schulwesen erhalten, also insbesondere das Gymnasium. Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit und dem sich verschärfenden Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt wurde spätestens ab den 90er Jahren deutlich, dass die Gesamtschulen im Konkurrenzkampf mit den Gymnasien zu den Verlierern zählten: Immer mehr Eltern schickten ihre Kinder aufs Gymnasium, zumal die Gesamtschulen immer schlechter ausgestattet wurden und deshalb ihren Auftrag Kinder unterschiedlicher Lernvoraussetzungen gleichermaßen fördern zu wollen, nicht mehr gerecht wurden. Trotzdem machen an den Gesamtschulen bis heute immer noch mehr Kinder aus »bildungsfernen Elternhäusern« ihr Abitur als an Gymnasien.

Begleitet wurde diese Entwicklung durch die SPD-Schulpolitik, die den Angriffen des bürgerlichen Lagers gegen die Gesamtschulen immer mehr nachgab. Dieses Zurückweichen fand ihren programmatischen Abschluss auf dem Gewerkschaftstag der GEW, in der sich diese (und damit auch die SPD) von der Forderung nach flächendeckender Einführung der Gesamtschule verabschiedete (siehe Artikel in Arpo 2/2001: Der »Godesberger« Gewerkschaftstag der GEW). Noch gab und gibt es aber die Gesamtschulen als wesentlichen Teil der Hamburger Schullandschaft.

Die zweite Entwicklung war in der Öffentlichkeit weit weniger bekannt, und zwar betraf diese den Ausbau der Berufsschulen. Damit war zunächst die Vorstellung verbunden Arbeitnehmerjugendlichen und jungen Arbeitnehmern mit den verschiedensten Angeboten die Chance auf eine weiterführende Bildung nach Haupt- oder Realschule bzw. nach der Lehre zu eröffnen. Der Bedarf der privaten Wirtschaft nach qualifizierten Fachkräften schien grenzenlos zu sein. Als dann Anfang der 80er Jahre die Arbeitslosigkeit, insbesondere auch der jungen Menschen, spürbar zunahm, die Betriebe weniger Lehrstellen anboten, wurden die Berufsschulen zu Auffangbecken, in denen die jungen Menschen, die keine Ausbildungsstelle fanden oder arbeitslos wurden, auf verschiedenste Art und Weise weiter qualifiziert wurden. Mittlerweile sind in Hamburg von etwa 60.000 Berufsschülern mehr als 50 Prozent keine Auszubildenden in einer dualen Berufsausbildung, vielmehr überwiegend solche, die vom Arbeits- oder Ausbildungsmarkt ausgeschlossen wurden. Natürlich ist das relativ teuer, was zu Angriffen von Privatwirtschaft, CDU und FDP schon in den 90ern führte, worauf die SPD mit Verschlechterungen des berufsschulischen Angebots reagierte. Der Frontalangriff erfolgte dann, als 2001 CDU, FDP und Schillpartei den Senat übernahmen.

Der Angriff auf die Berufsschulen

In Hamburg fungiert die Handelskammer als eine Art Speerspitze für das bürgerliche Lager und übernimmt gern eine Vordenkerrolle. So kündigte sie gleich nach den Wahlen 2001 an, sie wolle die Berufsschulen übernehmen und

auf ihr »Kerngeschäft« reduzieren, worunter sie die Ausbildung der Auszubildenden im dualen System verstand. Auf gut Deutsch: Alle anderen Schüler in den Berufsschulen, also etwa die Hälfte, wollte man loswerden. Und die Aussage, die Kammer wolle die Berufsschulen übernehmen, war die Absicht, sie zu privatisieren. Seither stehen beide Vorhaben auf der Agenda der Senatspolitik. Als erstes wurde zum 1.1.2007 eine Teilprivatisierung der Berufsschulen durchgezogen, indem man sie in ein Landesinstitut überführte (Hamburger Institut für Berufsbildung, HIBB), in dem die Kammern den entscheidenden Einfluss ausüben.

Als zweites wurde jetzt beschlossen, ab 2010 den größten Teil der berufsschulischen Auffangschulformen für Jugendliche und junge Menschen ohne Ausbildungsplatz- oder Arbeitsplatzperspektive ersatzlos zu streichen. Stattdessen soll in der neu zu schaffenden »Stadtteilschule« (dazu weiter unten) eine ausgedehnte »Berufsorientierung« dazu führen, dass kein Schulabgänger nach der zehnten Klasse ohne Ausbildungsplatz bleibt (wo die Ausbildungsplätze auf einmal herkommen sollen, wird natürlich nicht gesagt) und wenn doch, sollen private Träger (finanziert von der Bundesanstalt für Arbeit) einen Ersatzausbildungsplatz anbieten. Das heißt also, der Staat verabschiedet sich aus der Verantwortung für arbeitslose Jugendliche und junge Menschen, indem er die für sie geschaffenen schulischen Bildungsgänge schließt und ihre Qualifizierung privatisiert. Dass das Ganze der Stadt natürlich billiger kommt und stattdessen von den Beiträgen der Arbeitnehmer zur Arbeitslosenversicherung bezahlt werden soll, darf dabei auch nicht übersehen werden (die Gewerkschaften übersehen es allerdings). Die durch die Schließung dieser Bildungsgänge frei werdenden BerufsschullehrerInnen kann man dann in der »Stadtteilschule« für die »Berufsorientierung« einsetzen (siehe weiter unten).

Der Angriff auf die Gesamtschulen

Die CDU hatte schon immer gegen die Gesamtschulen geschossen u.a. mit dem Vorwurf, sie würden gegenüber den Gymnasien bevorzugt, da sie z.B. kleinere Klassen hätten. Als sie 2007 zum Schlag ausholte, war noch etwas anderes dazu gekommen als das übliche Stänkern gegen die Chancengleichheit. Das Gymnasium, das Lieblingskind des Hamburger Bürgertums, war nicht mehr das, was es einmal war. Zum einen meldeten mittlerweile mehr als die Hälfte der Eltern ihre Kinder nach der vierten Klasse am Gymnasium an. Viele Gymnasien drohten ihre Exklusivität zu verlieren und zu neuen »Gesamtschulen« zu werden. Deshalb gingen und gehen immer mehr Eltern aus gutbetuchten Kreisen dazu über, ihre Kinder an Privatschulen zu schicken, weil sie sich dort jene bürgerliche Elitebildung versprechen, die sie an den Gymnasien bedroht sehen und die ihren Sprösslingen bessere Chancen im Studium und auf dem Arbeitsmarkt verschaffen soll. Dieser Trend gilt bundesweit: Die Schülerzahl in privaten allgemeinbildenden Schulen nahm zwischen 1995 und 2007 um ein Drittel zu (vgl. E&W 12/2009). Auf diesen Trend reagierte nun die CDU, die propagierte, in Hamburg ein zweigliedriges Schulsystem einführen zu wollen: auf der einen Seite das Gymnasium, auf der anderen Seite die neu einzuführende »Stadtteilschule«. Das Gymnasium sollte dabei für die intellektuell Begabten mit Studienperspektive sein und wieder zur Eliteschule werden, indem man den Zugang einschränken wollte. Die »Stadtteilschule« sollte alle übrigen Schüler aufnehmen, die »praktischere« Begabungen hätten. Damit wären dann die Gesamtschulen abgeschafft und mit Haupt- und Realschule zu einer Schule zusammen gefügt. Die aus der bildungstheoretischen Mottenkiste geholte Aufteilung von »intellektuell« und »praktisch« Begabten, die sich auf Gymnasium bzw. Stadtteilschule aufteilen sollten, löste keinen Entrüstungssturm aus, sondern eher das Gegenteil. Viele, darunter auch die meisten SPD-Politiker und viele GEWler, wollen in der »Stadtteilschule« die Chance für neue Ansätze sehen und dichten in sie das hinein, was die Gesamtschule in den 70er Jahren mal erreichen sollte, aber nie erreichen konnte. Zur Beruhigung der Gewerkschaften und der Gesamtschulbefürworter dient z.B. die Aussicht, dass auch Schüler einer Stadtteilschule in 13 Jahren das Abitur machen können, da die einzelnen Stadtteilschulen ein gemeinsames Oberstufenzentrum besitzen. Dass damit die Gefahr entsteht, dass sich erneut große »Restschulzentren« mit den bekannten Problemen entwickeln, in denen so genannte »praktisch« begabte Haupt- und Realschüler unter sich bleiben, während Schüler mit Gymnasialempfehlung an die Gymnasien ziehen, wird nur von wenigen erkannt.

Mit der Forderung nach einem zweigliedrigen Schulsystem trat die CDU zu den Wahlen 2008 an und sie drückte die Stadtteilschule in der Koalition mit der GAL auch durch. Ab August 2010 ist nun vorgesehen, dass die bestehenden Haupt-, Real- und Gesamtschulen in Stadtteilschulen aufgehen. Diese Stadtteilschulen sollen nun für ihre Schüler eine umfangreiche »Berufsorientierung« (zehn Wochen pro Jahr über vier Jahre!) mit Hilfe der freiwerdenden BerufsschullehrerInnen durchführen, so dass jeder, der die Schule nach Klasse zehn verlässt, (angeblich) weiß, welchen Beruf er ergreifen und um welchen Ausbildungsplatz er sich bewerben will. Das soll dann – wie oben schon ausgeführt – dazu führen, dass jeder einen Ausbildungsplatz bekommt. Im Grunde ein irres Konzept, das völlig an den Realitäten des Ausbildungsmarktes insbesondere jetzt in der Krise vorbeigeht. Tatsächlich hat es nur den Sinn, dass der Staat sich aus der Verantwortung für die Ausbildung der jungen Menschen zurückzieht und sich ein Mäntelchen umhängt, das man »Schulreform« nennt.

Oberflächlich betrachtet scheinen die »Reformschritte« sechsjährige Primarschule und Stadtteilschule in eine fortschrittliche Richtung zu weisen, da sowohl die Hauptschule als »Restschule« zugunsten der Stadtteilschule abgeschafft und in der sechsjährigen Primarschule ein längeres gemeinsames Lernen aller Kinder ermöglicht wird. Diese auch von GewerkschaftskollegInnen begrüßten Schritte verschleiern aber den eigentlichen Kern dieser bürgerlichen Bildungsreform, die ja auch von Teilen der CDU und von Teilen des Unternehmerlagers begrüßt wird, nämlich den Erhalt und sogar die Stärkung des Gymnasiums als »Eliteschmiede«.

Die GAL oder: Aus »Neun macht klug« wird »Sechs macht klug«

Es gab und gibt natürlich auch Gegenvorstellungen zu dem Konzept der CDU. Diese speisen sich vor allem aus der Kritik an dem bestehenden drei-, bzw. viergliedrigen (mit Gesamtschule) Schulsystem in der BRD, das nach allen internationalen Vergleichsuntersuchen dadurch hervorsticht, dass es die soziale Spaltung in der Gesellschaft nicht nur erhält, sondern sogar noch verstärkt. Im Unterschied dazu werden häufig die skandinavischen Länder herangezogen, die die Selektion nach Klasse vier nicht kennen und die Schüler in »einer Schule für alle« bis Klasse neun oder zehn betreuen und dabei wesentlich bessere Ergebnisse erzielen als Deutschland. Die GAL hatte sich nun »eine Schule für alle« ins Programm geschrieben und zusammen mit der GEW und einigen anderen Verbänden 2007 eine Volksinitiative dazu gestartet, diese in Hamburg einzuführen. Die SPD in Hamburg beteiligte sich daran nicht, obwohl die Bundespartei »Eine Schule für alle« in ihrem Programm

hat (zur Parole *»Eine Schule für alle«* siehe weiter unten). Die Mehrheit der Hamburger SPD hält weiterhin am Gymnasium fest.

Zu den Wahlen 2008 hatte die GAL als einen ihrer Hauptpunkte die Parole gewählt: *»Neun macht klug«*, womit sie **eine Schule für alle Kinder von Klasse eins bis neun** meinte. Daneben hatte sie noch zwei weitere zentrale Forderungen: **keine Elbvertiefung** und **kein neues Kohlekraftwerk** im Stadtteil Moorburg. Als nach der Wahl die CDU der GAL eine Koalition anbot und mit ihr Verhandlungen führte, war schnell klar, dass die GAL Federn lassen musste, wenn sie in den Senat wollte. Und das tat sie auch: Der Elbvertiefung und dem Kohlekraftwerk stimmte sie zu. Nun blieb nur noch die Bildungspolitik. Hier machte die CDU nun ein Zugeständnis, sonst wäre es mit der GAL nicht gegangen: die sechsjährige Primarschule. Die GAL verzichtete also auf *»Neun macht klug«*, verkündete jetzt, dass *»sechs«* (gemeinsame Jahre) auch schon klug mache. Hier bekam sie freie Hand, akzeptierte aber im Übrigen die Abschaffung der Gesamtschulen und die Einführung der Stadtteilschule. Dafür durfte sie auch die Bildungssenatorin stellen, die nun weitgehend das, was die CDU vorgehabt hatte, durchführte.

Dazu gehörte nun auch, dass die GAL die von ihr im Jahr 2007 selbst gestartete Initiative *»Eine Schule für alle«* verließ und so mit dafür sorgte, dass das im Herbst 2008 durchgeführte Volksbegehren scheiterte, da nur etwa 58.000 der erforderlichen 62.000 Unterschriften gesammelt wurden.

Blieb also die sechsjährige Primarschule. Hier sollte nun die große Reform starten. Schaut man ausschließlich auf die Verlängerung der Primarschule auf sechs Jahre und lässt alles oben Gesagte außer acht, dann ist das in Hamburg bisher vorgesehene Konzept durchaus schlüssig. Verbunden mit dem Konzept ist nämlich die weitgehende Abschaffung des in Hamburg geltenden Elternwahlrechts nach Klasse sechs. Stattdessen soll die Empfehlung der Primarschule darüber entscheiden, auf welche Schule das Kind ab Klasse sieben gehen soll. Damit soll vermieden werden, was besonders in bildungsbürgerlichen Schichten die Regel war, dass das Kind auf das Gymnasium geschickt wird, egal welchen Erfolg es in der Primarschule hatte. Dazu soll das Gymnasium alle Kinder, die es aufnimmt, behalten, darf Schüler weder eine Klassenstufe wiederholen lassen, noch es als untauglich abschulen. Beides waren aber bisher die entscheidenden Mittel, mit denen am Gymnasium selektiert wurde. Gleichzeitig sollte die Anzahl der Gymnasien reduziert und Stadtteilschulen mit einer Oberstufe verbunden werden, auf der die Schüler auch das Abitur erreichen konnten (allerdings in neun Jahren gegenüber acht Jahren auf dem Gymnasium).

Dieses Konzept rief nun Widerstände hervor. Zum einen gab es Gesamtschulen, die besondere Reformanstrengungen in den letzten Jahren gemacht hatten und im Verbund mit Grundschulen ein Konzept für ein durchgängiges Lernen von Klasse eins bis zehn entwickelt hatten. Im Grunde hatten sie schon die »Eine Schule für alle« umgesetzt, und zwar von Klasse eins bis zehn, wofür die GAL eigentlich einmal eingetreten war. Aber um die sechsjährige Primarschule nicht zu gefährden, mussten auch diese Gesamtschulen eine Reduzierung auf die Klassen sieben bis zehn hinnehmen.

Zum anderen trat jetzt die Gymnasiallobby auf den Plan, der natürlich vor allem die Abschaffung des Elternwahlrechts ein Dorn im Auge war, der aber die ganze Richtung sowieso nicht passte, dass die Gymnasialzeit reduziert werden sollte und ihre Kinder nicht schon ab Klasse fünf in eine Extraschule durften. Besonders ausgeprägt war der Widerstand in den wohlhabenden Vierteln, in denen zum Teil über 90 Prozent der Kinder nach der Grundschule auf das Gymnasium gehen. Erstes Ergebnis dieses Widerstandes war dann zunächst, dass die Pläne, die Anzahl der Gymnasien in Hamburg um ein Drittel zu verringern, aufgegeben wurden und es sogar zwei Gymnasien mehr geben soll.

Dazu bildete sich die oben erwähnte Initiative »Wir wollen lernen« um einen Rechtsanwalt aus dem Nobelviertel Hochrad. Anfangs noch etwas verspottet, entwickelte sich diese vor allem auch dadurch, dass sie sehr viel Geld zur Verfügung hatte und von der Springerpresse publizistisch unterstützt wurde. Zur Vorbereitung und Durchführung des **Volksbegehrens** wurde ein Büro in teurer Innenstadtlage angemietet, eine professionelle Werbeagentur eingeschaltet und beim Volksbegehren wurden bezahlte Sammler (vor allem Studenten) eingesetzt, die entweder zehn Euro die Stunde oder pro gesammelter Unterschrift einen Euro bekamen.

Allein dadurch lässt sich jedoch die enorme Anzahl von über 182.000 Unterschriften innerhalb von drei Wochen, die es bisher noch bei keinem Volksbegehren gab, nicht erklären.

Zum einen kann man von einem »Aufstand des Bürgertums« sprechen, das in diesem Volksbegehren seinen ganzen Unmut über die gesellschaftlichen Veränderungen durch die Verschärfung der Konkurrenzbedingungen in den letzten Jahren ausdrückte, die sich in der Krise noch zugespitzt hat. Zum anderen drückt sich darin die Tatsache aus, dass es auch in Bildungsfragen keinen Klassenstandpunkt von unten gibt. Auch Arbeiterfamilien suchen heute nach der besten »individuellen Lösung« für ihre Kinder, gemeinsame Diskussionen oder Forderungen an die Schulpolitik, die von einem Klassenstandpunkt aus entwickelt worden wären, existieren nicht.

Auch hier gibt es die kleinbürgerliche Vorstellung, dass möglichst viel an bürgerlicher »Bildung« die Gewähr dafür bietet, dass sich die Kinder in das System hineinkämpfen können. Gemeinsames Lernen mit Kindern aus z.B. Migrantenfamilien oder sozial schwachen Familien wird als Gefahr für das Fortkommen der eigenen Kinder angesehen. Gleichzeitig drückt sich in diesen Unterschriften auch ein berechtigtes Misstrauen gegenüber den Reformversprechungen des Hamburger Senats aus, denn seit Jahren machen Schüler, Eltern und Lehrer die Erfahrungen von erheblichen Missständen: überalterte Lehrerkollegien ächzen unter der durch das Arbeitszeitmodell bedingten Mehrarbeit, überhaupt fehlen circa 1000 Lehrerstellen, immer mehr Stunden fallen aus, dringend notwendige Renovierungen werden zurückgestellt. Vor diesem Hintergrund fragen sich viele, wie denn die »Reformen«, z.B. die persönliche Förderung aller Kinder durch differenzierten Unterricht, gewährleistet wird. Da zuletzt auch die GEW die Ressourcenfrage gar nicht mehr gestellt hat, ist hier ein Vakuum entstanden, das die Initiative mit bedient. Alle, die dem Aufruf der Initiative gefolgt sind, unterschiedslos als *»Gucci-Fraktion«* (nach einer teuren Modemarke) zu bezeichnen, wie es der Vorsitzende der GEW getan hat, führt deshalb am Problem vorbei und treibt auch diejenigen Eltern der bildungspolitischen Reaktion zu, die einfach verunsichert sind und keine Alternative zum bestehenden System mehr sehen.

Mit dem Ergebnis des Volksbegehrens steht der Senat mit seiner Bildungspolitik vor einem Scherbenhaufen. Sollte es nun einen Volksentscheid geben, so muss er damit rechnen, dass dieser durchkommt und die Einführung der sechsjährigen Primarschule verhindert. Damit wäre aber auch die Einführung der Stadtteilschule in ihrer vorgesehenen Form blockiert, da diese daran gekoppelt ist.

Es hat sich nun ein Milliardär eingeschaltet, ein Mitbesitzer des Otto-Versands, der sich als Mäzen versteht, nicht parteigebunden ist und *»Schaden von der Stadt abwenden«* will. Er bot sich an, mit der Initiative und dem Senat zu reden und einen Kompromiss zu suchen. Die GAL-Senatorin willigte in ihrer Notlage ein und gab damit das Heft des Handelns aus der Hand.

Schon nach den ersten Verhandlungsrunden wird deutlich, dass die Koalition immer weiter zurückweicht um einen **Volksentscheid** zu verhindern. So soll jetzt das **Elternwahlrecht** doch erhalten bleiben und die flächendeckende Einführung der Primarschulen bis 2013/2014 gestreckt werden. Eingeführt werden soll auch ein Sonderausschuss, der die **Einhaltung von Qualitätskriterien** überwachen soll. Daran sollen Vorstandsmitglieder der Initiative direkt beteiligt werden. Aber all das geht der Initiative noch nicht weit genug – letztendlich sind sie es, die den Hamburger Senat vor sich her treiben: Sie fordern die Einführung von nur wenigen sechsjährigen Primarschulen auf freiwilliger Basis ausschließlich als Modellschulen, die dann zuerst in einem kompliziertem Verfahren überprüft werden, ehe weitere eingerichtet werden können. Die anderen Schulen sollen bis dahin als vierjährige Grundschulen bestehen bleiben (Stand Anfang Februar 2010).

Die Rolle der SPD

Die SPD spielte bei dem Ganzen eine besonders klägliche Rolle. Seit sie 2001 aus dem Senat geworfen wurde, rudert sie völlig konzeptions- und profillos herum, läuft der CDU mehr hinterher als sie aus der Opposition heraus zu attackieren und hat als einziges Ziel, irgendwie als Koalitionspartner wieder in die Regierung zu kommen, egal mit wem, nur nicht mit der Linken. Ihre fast 50-jährige Regierungspolitik war im Grunde eine bürgerliche Standortpolitik, die in Zeiten des Aufschwungs so erfolgreich war, dass die Arbeitnehmer befriedigt werden konnten. Diese Zeiten sind nun vorbei, aber die SPD ist nicht in der Lage, ihre Politik zu ändern, sondern trauert verflossenen Zeiten hinterher. Als die Initiative *»Wir wollen lernen«* der Bildungsbürger im Herbst 2008 eine Demonstration zum Rathaus veranstaltete, trat z.B. die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende mit einem Grußwort an die Demonstranten auf.

Die SPD ist völlig unfähig, die gesellschaftliche Brisanz des Konfliktes zu erkennen und die Interessen der Arbeitnehmer in diesem Konflikt zu artikulieren. Was sie schulpolitisch bedient, sind die Interessen ihrer Mitglieder und Funktionäre, die nämlich ihre Kinder zum größten Teil auch aufs Gymnasium schicken. Im übrigen besteht ihre einzige Richtschnur darin, sich irgendwo anzuhängen, um sich beliebt zu machen und Wählerstimmen zu gewinnen. Nach dem Volksbegehren trat ihr neuer Landesvorsitzender, Ex-Bundesarbeitsminister Scholz, ganz im Sinne des Milliardärs Otto auf, wollte auch *»Schaden von der Stadt abwenden«* und unterstützte die Suche nach einem Kompromiss mit der Initiative *»Wir wollen lernen«*. Unverhohlen bietet sie sich der CDU als Koalitionspartner an, sollte die GAL die zu erwartenden Zugeständnisse an die Initiative nicht mittragen können und es zu einem Koalitionsbruch kommen lassen.

Die GEW ohne eigene Perspektive

Seit die GEW-Bund sich 2001 von der Gesamtschule verabschiedet hat, propagiert sie die *»Eine Schule für alle«*. Dabei ist dieser Begriff völlig unklar, jeder kann (und soll) sich alles Mögliche darunter vorstellen können. Das reicht von flächendeckender Einführung der Gesamtschule bis dahin, dass alle Schulen, also auch das Gymnasium, Gesamtschulprinzipien übernehmen sollen, also vor allem kein Abschulen und kein Sitzenbleiben.

Als die CDU 2007 mit dem Konzept der »Stadteilschule« ankam, war die Ablehnung in der GEW Hamburg zunächst überhaupt nicht klar. Es setzte sich nach einer Weile dann aber die Position durch, dass das CDU-Konzept die soziale Spaltung nur vertiefen würde, und man gründete mit anderen zusammen, u.a. mit der GAL, die Initiative *»Eine Schule für alle«* und konnte im Herbst 2007 die nötigen 10.000 Unterschriften dafür sammeln, um den nächsten Schritt, das **Volksbegehren**, einleiten zu können. Wie schon erwähnt stieg die GAL nach den Wahlen 2008 aber aus und das Volksbegehren scheiterte. Danach begleitete die GEW die Reformpolitik des Senats mit einem vielstimmigen, dissonanten Konzert. Einige wollen in der »Stadtteilschule« doch eine Chance für die Jugendlichen erkennen, viele GrundschullehrerInnen freuen sich über die Aufwertung ihrer Schulform, engagierte GesamtschulkollegInnen sind sauer darüber, dass ihre Reformarbeit der letzten Jahre zum Teil zerschlagen wird, die GymnasiallehrerInnen sind sowieso nicht begeistert, vor allem diejenigen, die an die Primarschule versetzt werden, die BerufsschullehrerInnen schreckt vielfach die Aussicht, an der »Stadtteilschule« Berufsorientierung betreiben zu müssen und so weiter und so fort.

Einig war man sich lediglich darin, der Senatorin mitzuteilen, dass für das Mittragen der Reform etwas für die Lehrer herauskommen müsse z.B. in Form von Entlastungsstunden. Da die GEW gleichzeitig eine Kampagne zur Altersentlastung mit Demonstrationen während der Arbeitszeit und einem Streiktag im September durchführte, passte der Zusammenhang eigentlich ganz gut. Allerdings zeigten Senat und Schulbehörde der GEW lange Zeit die kalte Schulter, für Altersentlastung oder ähnliches gebe es keinen Spielraum.

Das änderte sich dann aber plötzlich nach dem erfolgreichen Volksbegehren der Initiative *»Wir wollen lernen«*. Der GAL-Schulsenatorin drohten auf einmal alle Felle wegzuschwimmen und so kam sie als Gast zu einer Personalrätekonferenz der GEW Anfang Dezember. Plötzlich gab es doch Spielraum: Altersentlastung für über 60-Jährige, Entlastung für GrundschullehrerInnen hatte sie u.a. im Gepäck. Es war ganz offensichtlich: Politisch schwer angeschlagen suchte sie Bündnispartner – und so erinnerte sich die Senatorin daran, dass sie selbst als Grundschullehrerin jahrelang aktives GEW-Mitglied gewesen war.

Auf der Delegiertenversammlung der GEW wurde dann die Auseinandersetzung geführt, wie man sich angesichts des erfolgreichen Volksbegehrens der Reformgegner verhalten sollte. Die Mehrheit folgte dem Antrag des von der Linkspartei dominierten Vorstands, mehr oder weniger bedingungslos die Politik der Schulsenatorin zu unterstützen. Vergessen war die eigene Kampagne zur *»Schule für alle«*, vergessen war die politisch starke Position, die man hatte und die man hätte nutzen können, um Forderungen im Sinne der Schüler und Lehrer zu stellen. Nach dem Motto: »Der Feind steht rechts«, ordnet man sich jetzt dem CDU/GAL-Senat in der Bildungspolitik unter und hat damit die Möglichkeit einer eigenständigen Politik faktisch aufgegeben.

Es gibt im Moment in Hamburg keine Kraft, die in der Lage wäre, die Interessen der Arbeitnehmer in diesem Chaos zu artikulieren. Die Kräfte, die hinter der Initiative *»Wir wollen lernen«* stehen, werden gestärkt aus diesem Konflikt hervorgehen. Schon wird gemunkelt, dass sich daraus eine Parteigründung entwickeln könnte, die im Gefolge der Statt- und der Schillpartei ein rechtes Sammelbecken für die bürgerlichen Wähler wird. ■

■ Tarifrunde Post

Grundsatzkonflikt bei der Post – verschoben

Die tiefe Wirtschaftskrise der letzten eineinhalb Jahre hat die einzelnen Unternehmen unterschiedlich stark getroffen und zu voneinander abweichenden Gegenmaßnahmen geführt. Während in der Automobilindustrie einzelne Firmen nur über ein staatliches Konjunkturprogramm gerettet werden konnte, versuchten die meist mittelständischen Unternehmen des Maschinenbaus die Auftragsrückgänge von bis zu 50 Prozent allein mit Hilfe von drastischen Sparprogrammen und Kurzarbeit zu überbrücken. Im Kreditgewerbe mussten einzelne Banken staatliche Hilfe in Anspruch nehmen um zu überleben. Im Handel, einem nicht als »systemwichtig« eingeschätzten Wirtschaftszweig, kollabierten eine Reihe von Firmen wie Woolworth, Karstadt, Hertie und Quelle. Ohne Unterstützung des Staates konnten sie ihre bereits seit langem offenkundigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht mehr bewältigen. Sie mussten Insolvenz anmelden oder gar den Geschäftsbetrieb einstellen.

Es gab aber auch Unternehmen, die kaum von der Krise erfasst wurden. Zu ihnen gehörte die Deutsche Post DHL. Der krisenbedingte Rückgang des Sendungsaufkommens im Briefsektor blieb mit etwa drei Prozent mäßig. Lediglich im Frachtbereich verzeichnete sie und da stärkere Einbrüche, etwa wenn Unternehmen, für die DHL die Logistik organisiert, zahlungsunfähig wurden. Größere Umsatzrückgänge gab es auch im internationalen Warenverkehr. Insgesamt blieb die Profitabilität des Konzerns jedoch erhalten. Die Post stellte in den Krisenmonaten sogar in einigen Bereichen befristet Arbeitskräfte ein, etwa um Überstunden abzuwickeln oder Verkehrsspitzen abzufangen.

Vorstand sucht die Konfrontation

Der Vorstandsvorsitzende eines im DAX gelisteten Konzerns wäre für die Eigentümer sein Geld nicht wert, wenn er in der Krise nicht wenigstens versuchen würde, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Unternehmen zu verbessern. So erklärte Post-Chef Appel in einem Interview der »Financial Times« Anfang Mai 2009, dass die Geschäftsentwicklung des Unternehmens äußerst kritisch sei, tiefe Einbrüche bei den Sendungsmengen aufgrund der wachsenden Kommunikation über elektronische Wege drohten und man sich gegenüber den stärker werdenden Konkurrenten besser aufstellen müsse. Dies sei nur möglich, wenn die im Mai 2008 für den Dezember 2009 vereinbarte Lohnerhöhung von drei Prozent verschoben und die Arbeitszeiten der Zusteller in mehreren Schritten deutlich erhöht würde. Er begründet den Zeitpunkt seines Vorstoßes wie folgt: *»Wenn die Konjunkturerholung schnell kommt, verlieren wir all unsere Argumente«*.

Die Reaktion der Vorsitzenden des Fachbereichs 10 von ver.di, Andrea Kocsis kam prompt. Sie erklärte, dass es bei den Löhnen und der Arbeitszeit *»keinen Millimeter«* Spielraum gebe. Abgeschlossene Verträge wie die der letzten Tarifrunde vom Mai 2008[1)], müssten eingehalten werden, sonst würden Tarifverhandlungen ad absurdum geführt.

Der Vorstand der Post merkte schnell, dass er auf diesem Weg nicht zum Erfolg kommen werde. Zudem fehlte ihm angesichts der nach wie vor passablen wirtschaftlichen Zahlen ein schlagendes Argument zur Rechtfertigung seiner Forderungen. Da er aber dennoch von seinem Vorhaben nicht ablassen wollte, ließ er durch sein für die Briefsparte zuständiges Vorstandsmitglied Gerdes verkünden, eine Weigerung der Gewerkschaft, mit dem Unternehmen in Verhandlung über eine Änderung der Tarifverträge zu treten, werde dazu führen, dass die Post die Briefzustellung fremdvergebe. Im äußersten Fall, hieß es wenig später in einem Strategiepapier aus der Zentrale in Bonn, würde man das ganze Unternehmen in die eigene Tochter First Mail überführen. Dann würden gemäß BGB die Tarifverträge nur noch ein Jahr gelten. Die anschließend auszuhandelnden Abmachungen würden sicher auf das Niveau der Konkurrenten sinken.

Mit dieser Drohung war klar, dass es bei der Post in den kommenden Monaten nicht nur um eine spürbare Senkung der Personalkosten, sondern vor allem um einen Machtkampf gehen werde. In diesem musste die Frage beantwortet werden, ob die Gewerkschaft ihren bisher starken Einfluss auf Tarifverträge und Mitbestimmungsregelungen auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten halten könne. Den starren Kurs von ver.di zu brechen, erklärten Appel und Gerdes zu ihrem zentralen Ziel in dem anstehenden Konflikt.

Um die Beschäftigten von ihren Argumenten zu überzeugen, suchten beide im Frühsommer 2009 eine Vielzahl von Briefzentren und Zustellbasen auf. Sie wollten damit den Rückhalt von ver.di untergraben und die Mitglieder der Gewerkschaft zermürben.

Sommerzustellung

Der Vorstand beließ es nicht nur bei Appellen, um zu signalisieren, dass eine deutliche Senkung der Kosten vonnöten sei. Er legte kurzfristig für Juli und August ein betriebliches Sparprogramm auf. Er stellte das Nachtluftpostnetz ein, setzte die Sonntagsbearbeitung der Post bis auf wenige Ausnahmen aus, schloss 15 Briefzentren an den Montagen und forderte die Zusteller auf, an den Montagen ihren Zustellbezirk mit dem eines Kollegen zusammenzulegen. Sie könnten dann im Wechsel alle zwei Wochen einen freien Tag haben, der durch Abzug bei Urlaubsansprüchen oder Überstundenkonten abgewickelt werden solle.

Nachdem ver.di sich zunächst gegen das Programm ausgesprochen hatte und die Maßnahmen mit Überstundenboykotten und offensiver Nutzung von Mitbestimmungsregelungen unterlaufen wollte, stimmte sie in einer dürren Vereinbarung zusammen mit dem Gesamtbetriebsrat kurz vor Beginn des Projektes diesem doch zu. In der Verabredung mit der Post hieß es, die Sommerzustellung sei als einmaliger Pilot zu sehen. Die Details der Umsetzung sei den »örtlichen Betriebsparteien« zu überlassen.

Diese Regelung macht Stärke und Schwäche der Gewerkschaft sichtbar. Während sich die Spitze der Gewerkschaft der Öffnung von Tarifverträgen oder der befristeten Aussetzung von Mitbestimmungsregelungen etwa bei der Gestaltung von Dienstplänen widersetzte, schuf sie zugleich die Voraussetzung, das die Betriebsräte dies dann doch tun konnten.

Eine Vielzahl von Betriebräten ließ sich widerstandslos auf die Vorschläge der Niederlassungsleitungen zur Umsetzung der Sommerzustellung ein, nicht zuletzt, weil sie den

Argumenten des Vorstandes, die Post befinde sich in einer wirtschaftlich schwierigen Situation, Glauben schenkten. Sie sind es nicht gewohnt, in solch grundsätzlichen Fragen eigenständig Entscheidungen zu treffen und selbständig zu handeln.

Nur wenige Betriebsratsgremien schlossen Vereinbarungen ab, die die Mehrarbeit, die in einigen Briefzentren am Montag und in der Zustellung am Dienstag auftrat, durch Überlastungsschutzregelungen zu minimieren suchten. Lediglich der Betriebsrat der Niederlassung Berlin Zentrum ließ sich anfangs auf keinerlei Händel ein. Die dann doch am Ende der Sommerzustellung aus politischen Gründen geschlossene Abmachung enthielt keinerlei für die KollegInnen nachteiligen Regelungen.

Der Betriebsrat im BZ 10 konnte sich auf eine aktive gewerkschaftliche Basis stützen. Aktiver jedenfalls, als dies sonst bei der Post üblich ist. Es gibt hier eine seit über dreißig Jahren agile Betriebsgruppe (BeG), die trotz der schwierigen Bedingungen, die der Schichtdienst mit sich bringt, regelmäßig tagt.

Als sich der Konflikt mit der Post abzeichnete, bildete sich aus der BeG eine Gruppe von AktivstInnen (AGA), die sich intensiv auf die Auseinandersetzung vorbereitete. Durch eigene Stellungnahmen und Aktionsvorschläge gewann sie Einfluss auf die Haltung der örtlichen Gewerkschaftsgruppe. Ihre Auswertung des Projektes blieb, so weit wir wissen, die einzige eigenständige Stellungnahme von KollegInnen der Post zur Sommerzustellung[2)].

Es gab weitere Aktivitäten im Betrieb. Die KollegInnen der Nachmittagsschicht in der Produktionshalle nahmen die anfängliche gewerkschaftliche Forderung beim Wort, das Vorhaben des Unternehmens mit einem Überstundenboykott zu schwächen. Bis auf die befristet Beschäftigten nahmen fast alle an dieser Aktion teil. Auf Initiative der AGA beschloss die Betriebsgruppe einstimmig, einen Brief an die KollegInnen des BZ 13 in Hennigsdorf zu schreiben. Sie legten dar, dass sie keineswegs froh über den Arbeitszuwachs seien und den KollegInnen des benachbarten Briefzentrums nicht die Arbeit wegnehmen wollten. Ein gelungener Schritt gewerkschaftlicher Solidarität.

Der Boykott bröckelte etwas ab, als eine Betriebsrätin kalte Füße bekam. Sie sah durch die Überstundenverweigerung ihre Verhandlungsposition gegenüber der Niederlassungsleitung geschwächt und erklärte, die Aktion werde nicht vom Betriebsrat (!) getragen und sei individuell. Doch die Mehrheit der KollegInnen blieb bis zum Ende des Projektes Sommerzustellung bei ihrer Ablehnung von Mehrarbeit an den Montagen. Für sie war nicht nur die Erfahrung von Solidarität und Selbstorganisation von Bedeutung, sie merkten auch, dass bereits bei einer so kleinen Maßnahme Abteilungsleitung, Niederlassungsleitung und sogar die Regionalgebietsleitung sich mit einem Mal um sie kümmerten[3)].

In der Zustellung verabredeten sich gewerkschaftlich aktive KollegInnen, Angebote der Betriebsleitungen auf Zusammenlegung von Bezirken abzulehnen. Das war manchmal stressig, doch die meisten widerstanden dem Druck der Vorgesetzten bis zum Schluss.

Es kommt doch zu Verhandlungen

Ver.di hatte, wie oben erwähnt, die Forderungen des Vorstandes nach Öffnung der im Mai 2008 abgeschlossenen Tarifverträge kategorisch abgelehnt. Doch konnte sie Verhandlungen darüber nicht aus dem Wege gehen, da auch sie einige Forderungen aufgestellt hatte. Die Gewerkschaft wollte die Verlängerung einiger wichtiger Regelungen erreichen, die Ende 2009 ausliefen. So strebte sie den Ausschluss der Fremdvergabe von Zustellleistungen wie den Erhalt von Fahrdienstleistungen bei der Post an. Ebenso sollte eine wichtige Protokollnotiz aus dem Mitte der 90er Jahre anlässlich der Gründung von Briefzentren abgeschlossenen Rationalisierungsschutzvertrag gültig bleiben, nach der auch alle, die in der Folgezeit ebenfalls von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen sein würden, ebenfalls vor Einkommenskürzung, Herabgruppierung, Verringerung der Wochenarbeitszeit und willkürlicher Versetzung an andere Betriebsstätten geschützt werden.

Da aber ver.di in den Einzelfragen nicht handlungsfähig war, die Fremdvergabe allein der Entscheidungsgewalt des Unternehmens unterliegt, musste sich der Fachbereich eine Forderung einfallen lassen, mit der alle Beschäftigten in eine Auseinandersetzung einbezogen werden konnten. ver.di kündigte den Rationalisierungsschutzvertrag.

Dies war ein geschickter Schachzug, der den Arbeitgeber überraschte. Dem Vorstand wurde schnell klar, dass ihm im Weihnachtsgeschäft eine heiße Zeit bevorstehen würde. Er konnte sich ferner nicht sicher sein, politische Unterstützung bei einer Zuspitzung des Arbeitskampfes zu bekommen. Denn dies hätte den auf die Vermeidung von Großkonflikten in der Krise angelegten Kurs der Bundesregierung konterkariert. Der Vortand rüstete deshalb ab Ende September 2009 verbal ab. Für viele überraschend einigte er sich mit ver.di Anfang November, ohne dass es zu Arbeitsniederlegungen gekommen war.

Zum Verhandlungsergebnis

Der Tarifabschluss muss von mehreren Seiten betrachtet werden. Der Gewerkschaft ist es gelungen, die zentralen Forderungen der Post zurückzuweisen. Eine Öffnung der 2008 abgeschlossenen Tarifverträge wird es nicht geben. Auch ist der Versuch der Post gescheitert, die Stellung der Gewerkschaft zugunsten der Betriebsräte bei der Regelung der Entlohnung, der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen zu schwächen. Im Gegenteil. Die Post musste sogar akzeptieren, dass die Gewerkschaft in diesen Fragen gestärkt wurde. So nahm sie hin, dass der wieder in Kraft gesetzte Rationalisierungsschutzvertrag um eine wichtige Passage ergänzt wurde. Danach werden zukünftig auch Teilzeitkräfte vor Änderungskündigungen geschützt. Ferner wurden die bezahlten Nacharbeitspausen (REVAS-Zeiten) tarifvertraglich abgesichert und bei den sog. ÜZL-Leistungen, bei denen sich die Zusteller für eine befristete Zeit Mehrarbeit »dazu kaufen« können, Einschränkungen bei der Vertragsgestaltung durchgesetzt.

Der im Mai 2008 abgeschlossene Beschäftigungstarifvertrag wurde um ein halbes Jahr verlängert. Die Fremdvergabe in der Briefzustellung bleibt bis Ende 2011 nahezu ausgeschlossen. In der Paketzustellung werden zwar weiter Zustellbezirke outgesourct, doch dürften alle in diesem Bereich Beschäftigten ihren Arbeitsplatz in den nächsten zwei Jahren behalten. Ebenso im Fahrdienstbereich. Dort gibt es explizit die Abrede, dass der Arbeitsplatzabbau in den kommenden zwei Jahren nur im Rahmen der natürlichen Fluktuation stattfinden darf.

Die Gewerkschaft ließ sich nicht auf eine Verschiebung der 2008 vereinbarten Lohnerhöhung von drei Prozent im Dezember 2009 ein. Für alle Beschäftigten bleibt die aktuelle Wochenarbeitszeit erhalten. Die meisten Postler waren aus all diesen Gründen mit dem Ergebnis der Tarifrunde

1) Die Post hatte in dieser Tarifrunde bereits versucht, die Arbeitszeit der Beamten mit dem Ziel zu erhöhen, längerfristig auch die der sonstigen Beschäftigten aufzustocken. Vgl. Arpo 3'08.

2) Vgl. www.labournet.de/branchen/dienstleistung/tw/sonstige/auswertung sommerzustellung.pdf

3) Wenige Wochen vorher hatten sie mit einer Überstundenverweigerung einen Dienstplan durchgesetzt, der ihnen zunächst versprochen, dann aber doch nicht gewährt wurde.

zufrieden. Trotz Krise und massiver Drohgebärden einzelner Mitglieder des Postvorstandes gab es in den für sie wesentlichen Punkten keine Verschlechterungen. In einigen Niederlassungen gab es auf den Betriebsversammlungen sogar stehende Ovationen für die Mitglieder der Verhandlungskommission. Eine kritische Diskussion über den Tarifabschluss kam unter der Belegschaft und in der Gewerkschaft so kaum auf.

Doch Freude über den Tarifabschluss kam nicht nur bei der Gewerkschaft und den Beschäftigten auf, auch die Post ließ verlauten, sie sei mit dem Abschluss zufrieden. Sie gab an, er erlaube ihr, in den nächsten zwei Jahren im Personalbereich 370 Millionen Euro einzusparen.

Und in der Tat. Schaut man sich das Ergebnis im Detail an, so wird klar, dass ver.di erhebliche Zugeständnisse gemacht hat. Es gibt zwar keine Erhöhung der Wochenarbeitszeit, jedoch ist die reale Arbeitszeit ohne Lohnausgleich für eine Vielzahl der Postler verlängert worden. Die Regelung der REVAS-Zeiten in einem Tarifvertrag wurde erkauft durch eine Verringerung der Pausenlänge. Statt bisher sechs Minuten bekommen die Nachtarbeitskräfte zukünftig nur noch vier Minuten pro Stunde Erholungszeit. Mit der Verlängerung des sog. Beschäftigungspaktes wurde die vor Urzeiten erkämpfte Arbeitszeitverkürzung um zwei Einzeltage über die 38,5 Stunden hinaus ein weiteres halbes Jahr ausgesetzt. Ebenso verschob sich die Erhöhung der für alle Beschäftigten geltenden bezahlten Kurzpausen um sechs Monate. Sie waren mit dem Tarifabschluss 2008 gekürzt worden und sollten Mitte 2011 wieder fast auf den alten Wert steigen. Bei den Zustellern gestand ver.di zu, dass die Zuschläge für Überstunden, die dort dauernd anfallen, nicht mehr bezahlt werden. Immerhin ist diese Regelung bis zum Juni 2011 befristet. Alle anderen Zugeständnisse gelten bis Ende 2011.

Interessant ist, dass ver.di der Post in den Bereichen entgegen kam, wo die KollegInnen die stärksten körperlichen Belastungen zu ertragen haben. Gerade auf sie hätte sich die Gewerkschaft im Falle eines Arbeitskonfliktes verlassen können.

Auch in der Lohnfrage sieht das Ergebnis nur auf den ersten Blick wie ein Erfolg aus. Ver.di ist hier zwar dem Wunsch der Post, die für den Dezember vereinbarte Erhöhung der Tariflöhne zu verschieben, nicht entgegengekommen, hat aber als Ausgleich dafür eine neue Lohnrunde verhandelt. Sie stand nicht auf der Agenda und überraschte die Mitglieder. So etwas hat es in der Geschichte der Gewerkschaft seit 1945 noch nicht gegeben, dass eine Lohnrunde ohne wenigstens formelle Befragung der Mitglieder, ohne Beschlussfassung der Tarifkommission, wohl auch ohne Rücksprache mit dem Bundesvorstand ver.di, einfach durchgeführt wurde. Und dann noch mit dem Ergebnis Nullprozent, also nichts.

Insgesamt ergibt sich bezogen auf die Gesamtlaufzeit nur eine Erhöhung der Entgelte von knapp 1,5 Prozent. Dies wäre allenfalls bei einer deflationären Entwicklung ein positives Ergebnis. Davon ist aber nicht auszugehen. Eher wird es, gerade bei den privaten Aufwendungen im Sozialbereich, bei den Kosten für die Gesundheit, bei den Mieten und den Ausgaben für Energie zu Preissteigerungen kommen. Auch hat der Fachbereich mit seinem Abschluss für die anstehenden Tarifrunden der anderen Gewerkschaften eine Orientierungsmarke gesetzt, die nur schwer zu überwinden sein wird.

Kompromisse in Tarifverhandlungen bestehen nicht mehr wie in den 80er Jahren darin, dass schlussendlich Abstriche von den eigenen Forderungen gemacht werden. Viele der jetzigen »Erfolge« stellen sich bei näherem Hinsehen als befristete Festschreibungen des Status Quo heraus. Und dafür zahlt ver.di noch einen extra Preis. Einzelne tarifvertragliche Regelungen, über die sie eigentlich gar nicht verhandeln wollte, werden befristet ausgesetzt. Nahezu keine dieser Vereinbarungen ist in den letzten Jahren wieder zurück genommen worden[4].

Zur wirtschaftlichen Lage des Postkonzerns

Die Post hat im vergangenen Jahr durch den Verkauf der Postbank fünf Milliarden Euro erlöst. Außerdem bekam sie nach einem Urteil des europäischen Gerichtshofes eine Milliarde Euro vom deutschen Staat zurückerstattet. Sie hat mit diesem Geld und dem »normalen« Gewinn aus dem laufenden Briefgeschäft nicht nur die Verluste des desaströsen USA-Abenteuers und dessen Abwicklung ausgleichen, sondern noch sonstige Schulden begleichen können. Die Rücklagen der Post allein aus dem Verkauf der Postbank betragen laut Aussage von Martin Ziegenbalg, Leiter des Bereichs Investor Relation, knapp fünf Milliarden Euro. Vermutlich kommen noch weitere Beträge aus Überschüssen früherer Jahre hinzu. Im Frühjahr zahlte die Post an die Aktionäre eine stattliche Dividende. Die Post hat im dritten Quartal, trotz Krise, im Briefgeschäft ihren Gewinn gegenüber dem letzten Jahr gehalten. Auf der letzten Tagung der Niederlassungsleiter verkündete der Vorstand stolz, dass das EBIT, die zentrale Kennziffer für die Profitabilität des Unternehmens, sich 2009 gegenüber dem Vorjahr verbessert habe. Angesichts dieser komfortablen finanziellen Situation wäre eigentlich eine Sonderausschüttung für die Beschäftigten oder aber noch besser strukturelle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung (z.B. Wiedereinführung eine Altersteilzeitregelung, Annäherung des Lohnes der Neu- an die Altbeschäftigten, Entlastungsmaßnahmen bei der Zustellung etc.) angesagt gewesen und nicht die Absenkung der bezahlten REVAS-Pausen, die befristete Aussetzung der Überstundenzuschläge und eine Nullrunde beim Lohn. ■

Aus: Anmerkungen zur Tarifauseinandersetzung 2009, Arbeitsgruppe »Aktuelles« der BeG Berlin Zentrum

Zur Lage in der Gewerkschaft

Der Fachbereich 10 in ver.di ist praktisch der Briefbereich der alten Postgewerkschaft. Er agiert autonom, nahezu ohne Rücksicht auf die Beschlusslage und die Erklärungen von ver.di. Er gehört in ver.di zu den »fortschrittlichsten«, hält sich aber mit politischen Aktivitäten zurück. Der außerordentlich guten finanziellen Lage der Postgewerkschaft war es zu verdanken, dass die vor der Pleite stehende ÖTV durch den Zusammenschluss zu ver.di gerettet werden konnte.

Der Fachbereich ist zentralistisch aufgebaut und operiert nahezu militärisch. Bisher ist es der Gewerkschaft immer gelungen, die eigenen Mitglieder bei einem Konflikt mit der Post, aber auch bei politischen Fragen wie etwa der Durchsetzung eines Post-Mindestlohnes zu mobilisieren und sogar einen großen Teil der Nichtmitglieder zur Teilnahme an Arbeitskämpfen oder doch wenigstens zu einer neutralen Verhaltensweise (Krankheit, Urlaub) zu bewegen. Auch in dieser Tarifrunde war die Bereitschaft der Mitglieder groß, die Forderungen von ver.di mit Streiks zu unterstützen.

Ver.di hat diese Möglichkeit nicht genutzt und eine Zuspitzung in der Tarifrunde vermieden. Sie hätte damit der Post für längere Zeit deutlich machen können, dass sie

4) Ausnahme in dieser Tarifrunde: Die weitgehende Widereingliederung der Lohngruppen 8 und 9 in den Rationalisierungsschutztarifvertrag.

sich die Finger verbrennt, wenn sie sich auf einen Grundsatzkonflikt mit der Gewerkschaft einlässt. Auch hätte sie mit einem Arbeitskampf die Kosten für den Tarifabschluss deutlich verringern können. So hat sie nur zwei Jahre Ruhe, bis die zentrale Frage, wer bei der Post und damit im Bereich Logistik die Entlohnung der Beschäftigten und die Bedingungen der Arbeit bestimmt, erneut aufgerollt wird. Schwierig wird es für die Gewerkschaft Ende 2011 schon allein deshalb werden, weil sie nur bei dem Unternehmen Post stark und handlungsfähig ist, bei den vielen kleinen Firmen im Briefsektor jedoch keine Tarifverhandlungen führen kann.

Dass die Unternehmensführung der Post in den nächsten zwei Jahren keine Ruhe geben wird, lässt sich schon daran erkennen, dass sie ihre nur an den Postmindestlohn gebundene Tochter »First Mail« ausbaut. Sie will im Ruhrgebiet ein flächendeckendes Zustellernetz aufbauen und so testen, ob sich auch mit einer Firma im unteren Lohnsektor Gewinne erzielen lassen. Ein Teil der Auszubildenden wird zukünftig dort eingestellt und nicht mehr im Mutterkonzern. Nach der Ausbildung erhalten viele der Jugendlichen nur noch bei First Mail einen Arbeitsvertrag.

Ein anderes Ergebnis in der abgeschlossenen Tarifrunde hätten die Beschäftigten nur erzielen können, wenn mehr Druck auf die Tarif- wie die Verhandlungskommission ausgeübt worden wäre. Dazu hätte es einer aktiven Basis bedurft. Die ist jedoch noch nicht vorhanden. In der Gewerkschaft fehlen Strukturen kritischer Kräfte. Diese schmerzliche Erfahrung mussten auch die Aktivisten des BZ 10 machen. Die Resonanz auf ihre Stellungnahmen blieb regional wie bundesweit mehr als mager. Zwar erhielten sie einige Hinweise, dass ihre Einschätzungen positiv aufgenommen wurden, doch eigene Beiträge anderer zu den anstehenden Fragen blieben ebenso aus wie Initiativen, zu gemeinsamen Abstimmungen zu kommen. Immerhin lassen sich die engagierten KollegInnen dadurch nicht beirren. Sie schalten sich weiter in die innergewerkschaftlichen Diskussionen ein und tragen die aktuellen Probleme der Postler auch in überbetriebliche Zusammenhänge.

24.01.2010 ■

■ **BRIEF AUS ECUADOR**

Erste Schritte auf steinigem Weg

In der »Arbeiterpolitik« 3/2008 hatten wir einen Bericht veröffentlicht: *»Ecuador auf dem Wege zu einer selbstbestimmten Entwicklung?«,* in dem wir auf die jüngste Entwicklung in Ecuador eingegangen waren. Aufgrund dieses Artikels ergab sich ein Kontakt nach Ecuador in die Partei des Präsidenten. Es war nun möglich, nach dem die verfassungsgebende Versammlung ihre Arbeit abgeschlossen hatte und Neuwahlen durchgeführt worden waren, in denen die Partei des Präsidenten Correa eine klare Mehrheit erzielte, einige Fragen zu stellen.

Die Antworten zeigen die Schwierigkeiten, unter denen versucht wird, einen eigenständigen Weg der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Ecuadors zu gehen. Vieles wird noch als Regierungsziel formuliert. Die herrschende Klasse ist nicht enteignet, kann auch nicht enteignet werden. Dafür sind die Produktivkräfte, also auch die lohnabhängigen Klassen noch nicht weit genug entwickelt. Gesellschaftlichen Einfluss nimmt die Bourgeoisie auch über die von ihr beherrsschten Medien. Der Klassenwiderspruch ist also real vorhanden. Die lohnabhängigen Klassen sind keine bestimmende gesellschaftliche Kraft und die indigene Bevölkerung sieht sich nicht als Teil der lohnabhängigen Klassen. Die Regierung ist dabei, der arbeitenden Bevölkerung die Mitwirkung in gesellschaftlichen Fragen zu erleichtern. Die Kontrollfunktion der arbeitenden Bevölkerung wurde in der Verfassung verankert. Wie sie real wirkt, ob die lohnabhängigen Klassen die Kraft zur Verteidigung ihrer Interessen aufbringen, muss abgewartet werden. Das Leben in Ecuador wird offensichtlich durch einen alltäglichen Klassenkampf bestimmt, in dem die Lohnabhängigen den Kapitalisten und Großagrariern nicht mehr völlig ausgeliefert sind.

Die vorantreibenden Kräfte müssen also aus den städtischen »Mittelschichten« kommen. Die Förderung ihrer ökonomischen Initiativen soll die wirtschaftliche Entwicklung voranbringen. Die in den Antworten gegebene Definition von Sozialismus ist Ausdruck dieser gesellschaftlichen Verhältnisse. Da keine gesellschaftliche Kraft da ist, die Großgrundbesitzer zu enteignen und damit auch produktiv an ihre Stelle zu treten, wird staatliches Land an die Bauern gegeben. So werden sie einerseits beruhigt, andererseits wird die Produktion von Lebensmitteln im Lande für die Versorgung der Bevölkerung gesteigert und durch Schutzzölle gestärkt. Die Abhängigkeit von Importen sinkt.

Prägnant ist der Wille, die Entwicklung des Landes selber zu bestimmen. Der Versuch, ausländisches Kapital stärker zu kontrollieren, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Ganz abgesehen von den Änderungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wenn der Jahrhunderte lange dominierende Einfluss der herrschenden Klasse im Staatsapparat zurückgedrängt werden kann, ist das ein Baustein für die nationale Selbstbestimmung, die Entwicklung einer eigenen Ökonomie. Denn die Oligarchie hatte die staatlichen Institutionen nur zu ihrem privaten Vorteil genutzt, hatte kein Interesse an der Entwicklung einer nationalen Wirtschaft. Die Red. ■

Wie leidet Ecuador unter der Weltwirtschaftskrise?

Während des letzten Vierteljahres 2008 und des ersten Vierteljahres 2009 spürte die Wirtschaft des Landes die Wirkung der weltweiten Krise insbesondere durch den gesunkenen Ölpreis (der Ölexport war von 2000 bis 2006 um 17,5 Prozent gestiegen) und den Rückgang der Auslandsüberweisungen der im Ausland lebenden Ecuadorianer. Im Januar 2009 verfügte die Regierung Importbeschränkungen, die zu einer Verringerung des Handelsdefizits des Landes beigetragen zu haben scheinen.

Zur industriellen Entwicklung des Landes. Wurden neue Fabriken gebaut? Bildet sich eine kleinbürgerliche Klasse heraus, Leute, die aus eigener Initiative Produktionsstätten gründen? Was steht dieser Entwicklung entgegen? Werden Produktionsgenossenschaften gegründet, gefördert? Gibt es neue Technologien?

Ecuadors wirtschaftliche Entwicklung basierte traditionell auf dem Export von Rohstoffen (productos primarios). In den 70er und 80er Jahren fand ein Prozess der Importsubstitution (Ersetzung von Importprodukten durch im Land hergestellte Produkte) statt, der gewisse industrielle Grundlagen schuf, die aber in den letzten Jahren nicht stärker wurden. Man sah stattdessen einen Deindustrialisierungsprozess, eine Folge der Deregulierung und der unterschiedslosen Öffnung des Landes (für Importe). Der Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre zeigt

eine klare Tendenz zur Konzentration der Industrie, die die Konkurrenzbedingungen einschränkt und das Angebot an regulären Arbeitsplätzen einschränkt, die gut bezahlt werden und allen offenstehen. Andererseits hatten wir ein Finanzsystem, das die sozialen Erfordernisse in bezug auf Investition und produktive Förderung vernachlässigte. Die Arbeitslosenquote in Ecuador beträgt 6,3 Prozent und die der Unterbeschäftigung liegt bei etwa 55 Prozent. Deswegen ist es eine unbedingte Notwendigkeit und würdige Löhne zu schaffen. Zu diesem Zweck hat diese Regierung einige politische Maßnahmen definiert: Förderung der Produktion für den inneren Verbrauch vermittels finanzieller Hilfe für kleine und mittlere Produzenten; Schutzzollpolitik für die landwirtschaftliche Produktion für den inneren Markt; Begünstigen der Produktion von Waren und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung, dauerhaftem Produktivitätswachstum und Wettbewerbsvorteilen. Im zweiten und dritten Trimester 2008 wuchs der Nichtölsektor um 9,9 bzw. um neun Prozent, die größten Zuwächse seit 1990. Allerdings verringerte sich dieses Wachstum auf 5,4 Prozent im letzten Trimester 2008 im Gefolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Der nationale Entwicklungsplan hat als Ziel für 2010 ausgegeben, ein Wachstum von 5,5 Prozent des industriellen Bruttoinlandsprodukts zu erreichen.

Wächst in dieser Entwicklung die Arbeiterklasse? Wie sehen Arbeitsverträge aus? Ist die Flexibilisierung immer noch so stark?

Ecuador hat ein schwerwiegendes Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit, in der die Unsicherheit der Arbeitsplätze (Prekarität) der fundamentale Faktor ist. Niedrige Produktivität, keine Mindestlöhne, Nichtexistenz von gesetzlichen und steuerlichen Regelungen sowie keine Mitgliedschaft in der Sozialversicherung waren die Wesensmerkmale in den letzten Jahren. Diese Regierung plant als ein zentrales Vorhaben: Garantie von stabiler, gerechter und würdiger Arbeit. Einer der ersten Aufträge der verfassungsgebenden Versammlung war die Beseitigung des extremen Outsourcings und des Subunternehmertums sowie der stundenweisen Beschäftigung, worunter Tausende Beschäftigte arbeiteten; und es gibt die Forderung, dass all diese durch ihre Unternehmen angestellt werden mit richtigen und sicheren Verträgen. Auf der anderen Seite führte man eine expansive Haushaltspolitik, die zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitsplätze beigetragen hat. Politischen Ziele sind: Die zunehmende Tendenz der Unterbeschäftigung umzukehren und sie auf eine Rate von acht Prozent zu drücken; Arbeitsplätze für Jugendliche um 70 000 zu erhöhen; die Rate der Auswanderung auf das Niveau der Periode 1990 bis 95 zu drücken. Ein anderes Ziel in diesem Bereich hat mit der Lohnpolitik zu tun und ist die Kampagne zur *»Förderung der gerechten und würdigen Gehälter für die ecuadorianischen Arbeiter«*, eine Politik mit der Absicht, allmählich den Wert des Familieneinkommens dem grundlegenden Lebensmittelkorb für eine Familie anzupassen. Deshalb wurde ab 1. 1. 2008 der Mindestlohn um 30 Dollar monatlich angehoben, was einen Anstieg um 17,65 Prozent (vgl. zu 2007) bedeutet, so dass er jetzt auf 200 Dollar monatlich liegt. Für die häuslichen Arbeitskräfte, Arbeiter im Kunsthandwerk und Mitarbeiter von Kleinstunternehmen wurde der Mindestlohn auf 170 Dollar fixiert, ein Anstieg um 50 Dollar monatlich, was einem Anstieg um 41,67 Prozent (vgl. zu 2007) entspricht.

Zu den Widersprüchen zwischen Großagrariern und Landarbeitern. Wird eine Agrarreform angestrebt? Die Hälfte der Landwirte konnte nicht mehr von ihrer Scholle leben.

Ecuador weist traditionell eine landwirtschaftliche Ungleichheitsstruktur auf. Die neue Verfassung verbietet den Großgrundbesitz und die Konzentration des Grundbesitzes. In dieser neuen Periode der Präsidentschaft, in der der Präsident die Vertiefung der Revolution angekündigt hat, wird eines der zentralen Ziele sein, den Zugang zu Grundbesitz für die kleinen Produzenten zu fördern, wofür gerade die Maßnahmen ausgearbeitet werden, wobei eine der ersten die Übergabe des Landes sein wird, das sich im öffentlichen Besitz befindet.

Sind die Initiativen der arbeitenden Bevölkerung eingeschlafen? Vertrauen alle darauf, dass die Regierung die Probleme löst? Oder gibt es Kontrollorganisationen der arbeitenden Menschen und der linken Intelligenz?

Die Organisation der Arbeiter wurde seit den 80er Jahren geschwächt aufgrund der Einführung einer Reihe von Maßnahmen der Flexibilisierung der Arbeit und tatsächlich hat sie sich davon nicht wieder erholt.

Die neue Verfassung schlägt eine vierte staatliche Aufgabe vor und zwar die Aufgabe der Transparenz und der sozialen Kontrolle, die die Körperschaften und Organe des öffentlichen Sektors antreiben wird; die die Beteiligung der städtischen Bürgerschaft intensivieren wird die die Ausübung der Rechte schützen und die Korruption bekämpfen wird. Diese Aufgabe wird sich in diesem Jahr vollständig entfalten. Andererseits hat man in der Regierung das Sekretariat der Völker und Nationalitäten geschaffen mit dem Ziel, Teilnahme und soziale Kontrolle anzubieten.

Sucht die Regierung selber den direkten Kontakt zu den aktiven Teilen der Bevölkerung?

Präsident Correa und die Partei Alianza País haben eine Revolution der Bürger entworfen und sie haben eine breite Unterstützung in verschiedenen Sektoren der Bevölkerung gefördert und erhalten, besonders unter den Armen und den Mittelschichten. Die Alianza País ist nicht wie eine politische Partei strukturiert, sondern wie eine breite Bewegung, mit der Correa die Unterstützung der Mehrheit erreicht hat. Für diese Regierungsetappe hat Correa eine klare Richtung der Regierungspolitik entworfen zugunsten der Armen, der Jugend und der indigenen Bevölkerungsgruppen.

Wie steht es mit den Aktivitäten der Indigenen?

Auch die Bewegung der Indigenen hat eine Zermürbung und Schwächung während der 90er Jahre erlitten. In den letzten Jahren hat sie sich wiederbelebt und unterhält konflikthafte Beziehungen zur aktuellen Regierung wegen Differenzen zur Politik der Erdölgewinnung und des Bergbaus, die Correa erklärt hat. Die Bewegung »Pachakutik«, die der politische Arm der Indigenenbewegung ist, hat einen schwachen Anteil an der Nationalversammlung und hat sich aus Abkommen mit der Alianza País, der Regierungspartei, herausgehalten.

Was meint Correa mit »Sozialismus«? Ist das die Formel für den selbständigen Weg des Landes, der verschiedene Bevölkerungsschichten verbindet?

Der Sozialismus und die Revolution der Bürger drücken sich aus in dem »guten Leben«, das die neue Verfassung entwirft: eine neue Form des Zusammenlebens der Bürger in Unterschiedlichkeit und in Harmonie mit der Natur, eine Gesellschaft, die in jeder Hinsicht die Würde der Einzelpersonen und der Gemeinschaften. Es beruht auf dem Respekt gegenüber und der Förderung von den Rechten des guten Lebens: auf Wasser und Verpflegung; auf eine gesunde Umwelt; auf eine Kommunikation, die frei, interkulturell, nicht diskriminierend, verschieden und die Teil-

nahme ermöglichend ist; auf Kultur und Wissenschaft; auf Erziehung; auf ein Siedlungsgebiet und eine Wohnung; auf Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit.

Nehmen die Nachbarländer Einfluss auf die Entwicklung des Landes? Was ist mit dem US-Militärstützpunkt? Welchen Einfluss hat noch heute ausländisches Kapital?

Ecuador ist ein souveränes Land, und wir verteidigen unter allen Umständen diese Souveränität in unseren Aktionen. Auf dem Gebiet der Verteidigung gab es unter den Vorgängerregierungen den Einfluss der USA bei der Aufstellung der Truppen, der Ausrüstung und den Aufgaben der Geheimdienste. Dagegen hat die Regierung Correa diesen Einfluss beseitigt. Sie hat aufgehört mit der dauernden Ausbildung, die die Offiziere in den USA erhielten, sie hat die Beschaffung der Waffen auf verschiedene Quellen verteilt und hat vollständig die Verbindung mit den nordamerikanischen Geheimdiensten gekappt. Die Auflösung der Marinebasis Manta im September ist genau eine Maßnahme in dieser Richtung. Wir haben die Aktivitäten des internationalen Kapitals in Ecuador unter die Bedingungen gestellt, die die Regierung von Ecuador entwirft.

Mit welchen Mitteln sträubt sich die Bourgeoisie, dass sie Haare lassen muss? Oder muss sie das gar nicht?

Die Oligarchie führt einen andauernden Boykott gegenüber dieser Regierung durch, insbesondere durch die Kommunikationsmedien, die sie kontrolliert. Die Arbeitspolitik, die Kontrolle des Finanzsystems, die Entpolitisierung der Justiz, die Beschränkung der Einfuhr von Luxusartikeln, die Steuerpolitik sind politische Maßnahmen, die ihre traditionelle Macht im Land verringert haben. 19.1.2010 ■

■ KONZERN CONTINENTAL CLAIROIX

Internationale Solidarität fand nicht statt

»Was soll ich bereuen? Ein paar kaputte Computer? Was ist das schon im Vergleich zu mehr als 1000 zerstörten Leben! In einem Monat sitzen wir und unsere Familien auf der Straße. Wir wollen aber nicht krepieren. Deswegen werden wir weitermachen.« **Mit dieser Stellungnahme in der Tagesschau des französischen Fernsehens (21. 4. 2009) hat sich der CGT-Delegierte der ArbeiterInnen von Continental Clairoix einen Namen als Anführer der sozialen Revolte in Frankreich gemacht. Xavier Mathieu sei der Mann, der die Lunte für den »Mai 2009« angezündet habe, schrieben französische Zeitungen. In Wirklichkeit hatte zu diesem Zeitpunkt der Kampf in Clairoix seinen Höhepunkt schon fast überschritten.**

Angefangen hatte alles am 11. März 2009. An diesem Tag gab der Reifenmulti die Schließung seiner beiden Werke in Clairoix und Hannover bekannt. Eigentlich hatte es noch viel früher begonnen. Nämlich 2007, als Continental gedroht hatte: Entweder Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 40 Stunden oder Schließung des Werks in Clairoix. Begründet wurde die Erpressung der Belegschaft mit der ungenügenden Konkurrenzfähigkeit. Im Gegenzug bot Continental an, die Produktion bis mindestens 2012 weiterzuführen. Antonio da Costa, Delegierter der christlichen Gewerkschaft CFTC, die in Clairoix die Mehrheit der Beschäftigten vertrat, gab damals dem Druck nach und unterzeichnete den Vertrag.

Zwei Jahre später wird sich Xavier Mathieu daran erinnern, dass jener Vertrag an einem Samstag unterzeichnet wurde und dass Thierry Wipff, damals Direktor von Continental Clairoix, bereits am darauffolgenden Montag abgereist war. Der Reifenmulti gab bekannt, Thierry Wipff sei nach Rumänien versetzt worden, um das Conti Werk in Timisoara zu leiten. Die Bedeutung dieser Versetzung wird Xavier Mathieu allerdings erst klar, nachdem Ende März 2009 ein Reporter von »France Info« herausgefunden hat, dass zur gleichen Zeit, als in Frankreich die Schließung des Werks von Clairoix angekündigt worden ist, angeblich wegen der Wirtschaftskrise, dass zu dieser Zeit Continental in Rumänien Personal rekrutiert.

»Das Werk in Timisoara produziert 40.000 Reifen pro Tag«, rechnet Xavier Mathieu vor. Das mache aufs Jahr etwa 13 bis 14 Millionen Reifen. Clairoix produziere zwischen 10 und 11 Millionen und Sarreguemines 6 bis 7 Millionen Reifen jährlich. Unter diesen Umständen sei es nur eine Frage der Zeit, bis beide französischen Werke geschlossen würden. In Rumänien bezahlt Continental den Arbeitern umgerechnet zwischen 280 und 420 Euro monatlich. Die Herstellung eines Reifens kostet deshalb in Rumänien nur fünf Euro – gegenüber neun Euro in Frankreich.

Ob unter diesen Umständen der Kampf für die Erhaltung des französischen Werkes nicht völlig aussichtslos sei, will der »France Info« Reporter von Xavier Mathieu wissen. Vom Standpunkt des Geldes aus gesehen zweifellos, antwortet der CGT-Gewerkschafter. Wenn man jedoch bedenke, dass in Frankreich ein Reifen für 75 Euro verkauft werde, dann sei das französische Werk durchaus rentabel, und das rumänische einfach noch viel rentabler. Es sei beschämend, es gehe nur noch ums Geld des Geldes willen. *»Es ist Zeit, damit aufzuhören! Man muss die Gesellschaft*

verändern! Nicht länger das Geld, sondern der Mensch muss wieder ins Zentrum der Gesellschaft gestellt werden. Andernfalls werden wir alle krepieren!«

Geradezu exemplarisch ist das Beispiel Continental, um zu veranschaulichen, dass Wirtschaftskrisen nicht Naturkatastrophen gleich über die Menschheit hereinbrechen, sondern unausweichliche Folge eines absurden und unmenschlichen Systems sind, das die Herstellung von Gütern nur solange erlaubt, als sie das Vermögen der Kapitalbesitzer vermehrt. Wenn ein internationaler Konzern ein neues Werk plant, das im Endausbau soviel produziert wie zwei bestehende Werke zusammen, dann geschieht dies im Bewusstsein, damit eine Überkapazität zu schaffen, die nachher die Schließung der bestehenden Werke als zwingende Notwendigkeit erscheinen lässt. Um kostengünstiger als die Konkurrenz produzieren zu können, müssen immer größere Mengen in immer kürzerer Zeit hergestellt werden, und dies zu möglichst tiefen Lohnkosten. Genau das bezweckt Continental mit der Verlagerung der Produktion von Frankreich (und Deutschland) nach Rumänien, selbstverständlich ohne sich im Geringsten um die Folgen für die betroffenen Beschäftigten zu kümmern.

Wenn sie dieses Abkommen zur Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche nicht unterzeichnet hätten, rechtfertigt sich zwei Jahre später Antonio da Costa, der CFTC Gewerkschafter, dann – so glaube er – hätte Continental nicht gezögert, bereits 2007 das Werk in Clairoix zu schließen. Allerdings hatte der Reifenmulti gleichzeitig versprochen, dass im Falle der Unterzeichnung des Abkommens die Zukunft von Clairoix bis mindestens 2012 gesichert sei. Um die grenzenlose Wut der Contis zu verstehen, ist es unerlässlich, sich diesen offensichtlichen Wortbruch der Konzernspitze ganz klar vor Augen zu führen.

Als anfang März 2009 Gerüchte über eine bevorstehende Schließung die Runde machen, will der Konzern diese weder bestätigen noch dementieren. Am 11. März wird dann offiziell die Stilllegung der beiden Standorte Clairoix und Hannover-Stöcken bekannt gegeben. Am nächsten Tag um 13 Uhr steht der Direktor den empörten Arbeitern in einer Lagerhalle der Fabrik Rede und Antwort. Die Versammlung endet im Tumult. Der Direktor wird von einem rohen Ei am Kopf getroffen und verlässt fluchtartig den Ort. Das ist der Auftakt zu einer breiten Protestbewegung gegen die Schließung des Werks und gegen die »patrons voyous« von Continental, die »Unternehmer Halunken«, wie sie fortan genannt werden.

Am Dienstag, 17. März beschließt die Arbeitervollversammlung einstimmig, den spontanen Streik, den sie sogleich nach Bekanntgabe der Schließung begonnen hat, zu beenden und in die Werkhallen zurückzukehren. Dies unter der Bedingung, dass die Lohnzahlung pünktlich erfolge und dass seitens der Direktion kein Druck auf die Leute ausgeübt werde, wenn die geleistete Produktion nicht mehr wie vorher sei. Dieser »Kompromiss«, wenn man so sagen kann, sichert den Arbeitern die Lohnfortzahlung und Continental weiterhin die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und die Beschäftigten, auch wenn das unternehmerische Weisungsrecht angesichts der Umstände sehr zurückhaltend angewendet wird. Im Nachhinein mag man den Entscheid der Arbeitervollversammlung als verhängnisvoll beurteilen. Gleichzeitig muss davon ausgegangen werden, dass er Mitte März der Überzeugung der Arbeiter entsprochen hat, in der Hoffnung, es könne mit Protestaktionen auf der Straße genügend öffentlicher Druck aufgebaut werden, um den Konzern zu veranlassen, den Schließungsentscheid zurückzunehmen.

Die Führung der Protestbewegung liegt in den Händen eines »Comité de lutte«, eines Kampfkomitees der Beschäftigten von Continental, das alle im Betrieb vertretenen Gewerkschaften (als sog. »Intersyndicale«) umfasst. Dieses »Comité de lutte« wird von der Arbeitervollversammlung gewählt, die fast täglich vor dem Werk stattfindet und deren Beschlüsse für alle verbindlich sind. Auch die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre müssen sich diesen Beschlüssen bedingungslos unterziehen.

Die Protestbewegung gegen die Schließung von Continental Clairoix findet in der lokalen Bevölkerung breite Unterstützung. Anlässlich des landesweiten Streik- und Aktionstags am 19. März 2009 erlebt Compiègne, das von einer soliden bürgerlichen Mehrheit regiert wird, die größte Demonstration, welche die Kleinstadt mit ihren 42.000 Einwohnern je gesehen hat. 12.000 Menschen gehen an diesem Tag auf die Straße, vom Rentner bis zum jugendlichen Punk mit dem Sticker »Zittert, Bourgeois!«, von der Kassiererin bis zum Beamten. Kurzum, das Volk mit roten Jakobinermützen und selbstgemalten Schildern, auf denen steht: »*1789 – 2009: der gleiche Kampf*«.

Einige Tage zuvor hätte in Reims ein Treffen zwischen dem Betriebsrat und der Unternehmensleitung stattfinden sollen. Etwa 700 Beschäftigte sind zu diesem Zweck von Clairoix nach Reims gefahren und haben über eine Stunde lang vor dem Tagungsort demonstriert, ohne dass sich die Direktion hätte blicken lassen. Bei dieser Gelegenheit haben die Arbeiter zwei Managerpuppen gehängt und anschließend mit Eiern und alten Schuhen beworfen. Als zahlreiche erzürnte Arbeiter versuchen, nun auch ins Innere des Gebäudes vorzudringen, verschiebt die Direktion die Besprechung um zwei Stunden und sagt sie danach aus Sicherheitsgründen ganz ab.

Im Manager erkennen die Arbeiter ihren direkten Feind, der ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Existenz bedroht. Deshalb bewerfen sie ihn mit Eiern oder nehmen ihn gefangen und zwingen ihn auf diese Wiese, die angekündigten Entlassungen rückgängig zu machen oder zumindest nochmals darüber zu verhandeln. Damit wird auf eine sehr direkte und handfeste Art das bei Massenentlassungen und Betriebsschließungen übliche Ritual durchbrochen: Nicht mehr hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre verhandeln hinter verschlossenen Türen über das Schicksal ganzer Belegschaften, sondern die Betroffenen nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand. Noch handelt es sich um Kämpfe vereinzelter Gruppen von Arbeitern gegen ihre unmittelbaren Ausbeuter. Doch die Chance, dass sich daraus ein Kampf zwischen den gesellschaftlichen Klassen entwickeln kann, ist in der Art angelegt, wie er geführt wird. Aus diesem Grund fürchten sich die Herrschenden vor aufgehängten Managerpuppen weit mehr als vor den Puppen der Staatschefs, die an Demos verbrannt werden. Denn die aufgehängten Puppen, ebenso wie die festgehaltenen Manager, legen von Neuem die lange Zeit verschleierte Spaltung unserer Gesellschaft offen. Die Spaltung zwischen denen, die nur solange leben, als sie Arbeit finden, und den andern, die an dieser Arbeit nur solange interessiert sind, als sie ihr Kapital vermehrt.

Nachdem auch Staatspräsident Sarkozy öffentlich hat verlauten lassen, der Schließungsentscheid von Continental verstoße möglicherweise gegen französisches Recht, wähnen die Arbeiter Staat und Regierung auf ihrer Seite. Er habe noch eine kleine Hoffnung, erklärt der christliche Gewerkschaftsdelegierte Antonio da Costa, und das sei die Politik, dass nämlich Nicolas Sarkozy helfen werde, einen neuen Besitzer für das Werk zu finden. Der öffentliche Druck, so glauben die Beschäftigten von Clairoix, werde den Reifenmulti umstimmen. Dies insbesondere, wenn auch das Gericht in Sarreguemines, wo sich der offizielle Sitz von Continental Frankreich befindet, ihre Klage gut-

heißen werde. Umso größer ist die Enttäuschung der Arbeiter, als sie am 21. April hören, dass die Justiz sich auf die Seite von Continental gestellt und die Klage abgewiesen hat. Inzwischen sind sechs Wochen seit Bekanntgabe der Schließung vergangen, und noch immer warten sie vergeblich auf eine Antwort für die geforderten triparitätischen Verhandlungen zwischen Continental, Regierung und Beschäftigten.

In dieser Stimmung des quälenden Wartens auf einen Schritt der Regierung ist der Gerichtsentscheid von Sarreguemines offensichtlich der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, oder vielleicht treffender: der Funke, der ins Pulverfass geworfen worden ist. Als die Arbeiter zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie nicht nur von den »patrons voyous« betrogen worden sind, sondern dass sie auch von Staat und Regierung – der letzten kleinen Hoffnung, wie Antonio da Costa sich ausgedrückt hat – im Stich gelassen werden, da verwandelt sich die tiefe Enttäuschung blitzartig in verzweifelte Wut. Kaum haben sie am 21. April den Gerichtsentscheid vernommen, lassen die in der Unterpräfektur von Compiègne versammelten Arbeiter ihren Gefühlen freien Lauf und werfen Computer und andere Einrichtungsgegenstände zum Fenster hinaus. Dann marschieren sie zum Werk in Clairoix und zerstören dort den Eingangspavillon. Noch am gleichen Tag erhalten sie von der Regierung das Gesprächsangebot für die triparitätischen Verhandlungen.

»Man muss aufhören, die Leute zu verarschen!«, erklärt Xavier Mathieu am Abend im Fernsehen. Sechs Wochen lang seien sie ruhig gewesen und hätten umsonst gewartet. Erst nachdem eine Präfektur verwüstet worden sei, habe man ihnen eine Stunde später die geforderten Gespräche angeboten. Xavier Mathieu verteidigt die gewaltsamen Proteste, an denen er an vorderster Front teilgenommen hat: Es sind keine Chaoten, macht er klar, sondern Leute voller Wut. Leute, die sich auflehnen, die am Rand einer Depression stehen. *»Man spricht von zerbrochenen Scheiben und Computern. Aber was ist das schon neben 1100 Leben, die gebrochen werden? Das ist überhaupt nichts! Seit sechs Wochen sind die Leute unter Druck, schlafen nicht mehr, essen nicht mehr, warten auf Antworten, auf Versprechen, die man ihnen macht, hören auf alles Mögliche und dessen Gegenteil. Jene, die davon sprechen, die Leute zu bestrafen, welche die Präfektur verwüstet haben, sind die gleichen, die vor sechs Wochen gesagt haben, dass sie die Patron-Halunken bestrafen werden. Man wird sehen, ob sie mit Continental dasselbe tun werden wie mit uns.«*

Nach dem Gerichtsentscheid und den gewaltsamen Protesten der Arbeiter hat sich der Kampf bei Continental Clairoix radikalisiert. Nach der Zerstörung des Eingangspavillons hat die Direktion das Werk aus Sicherheitsgründen geschlossen und die Arbeiter ausgesperrt. Diese wissen nun, dass sie nicht nur die »patrons voyous« gegen sich haben, sondern auch Staat und Regierung. Um den Druck auf den Reifenmulti zu erhöhen, hoffen sie auf die Solidarität ihrer Klassengenossen in den andern Werken von Continental. Nur zwei Tage später findet in Hannover die Aktionärsversammlung statt. Dorthin fahren sie mit einem Extrazug, um gemeinsam an der von den deutschen Gewerkschaften organisierten Demonstration teilzunehmen.

Rund tausend französische Contis aus Clairoix treffen am Morgen des 23. April in Hannover ein. Herzlich werden sie am Bahnhof von ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen empfangen. Auf einem selbstgefertigten Schild der »Kollegen VDO-Conti Dortmund«, die ein Jahr zuvor selbst einmal gegen Entlassungen gestreikt haben, steht handgeschrieben auf deutsch und französisch: *»Proletarier aller Länder vereinigt euch!«* Die Stimmung ist kaum zu beschreiben. Man sieht Frauen und Männer, die weinen vor Ergriffenheit. Eine solche direkte Verbrüderung der Beschäftigten mehrerer Länder und verschiedener Standorte eines multinationalen Konzerns hat es noch nie gegeben! Mit großem Applaus wird auch die Delegation von Euzkadi Mexiko empfangen. Doch der Schein trügt. Die Emotionen internationaler Solidarität täuschen über die tatsächlichen Unterschiede hinweg.

»Die Großaktionäre von Continental, Michelin, Goodyear...«, ruft Xavier Mathieu in seiner Rede den Anwesenden in Erinnerung, *»sie sind vereint in ihren gemeinsamen parasitären Interessen. Und mit den Regierungen ist es genau dasselbe. Sarkozy und Angela Merkel, man könnte sie gegeneinander austauschen: Sie verteilen Milliarden an die Banken, an die Aktionäre, und lassen zu, dass Tausende von Werktätigen auf die Straße geworfen werden.* (...) *Wenn man uns nicht anhört und unsere ... Forderungen nicht erfüllen will, dann ist unsere Antwort auf den Krieg, den uns die Aktionäre erklärt haben, der Gegenangriff der Werktätigen.«*

Ganz anders spricht der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Continental Hannover-Stöcken: *»Politiker, ob rot, schwarz oder blaugelb wie unser Wirtschaftsminister Philipp Rösler unterstützen uns in unserer Forderung. Und die lautet: die Schließungspläne für Clairoix und Stöcken müssen vom Tisch. Selbst der französische Staatspräsident Sarkozy verlangt Alternativen, die Antwort der Bundeskanzlerin Angela Merkel steht kurz bevor.* (...) *Liebe Freunde, eigentlich sitzen wir doch alle in einem Boot, die Führungskräfte und wir, die wir durch Lohnverzicht zu den Gewinnen beigetragen haben. Jetzt geht es darum, wer den Kurs bestimmt: dieses verantwortungslose Management oder wir, die wir uns hier versammelt haben.«*

Nicht die Contis aller Standorte, nicht die Arbeiter aller Länder sitzen nach Auffassung des deutschen Betriebsrates in einem Boot! Sondern – wie dieser sich ausdrückt – *»die Führungskräfte und wir«.* Zur Verdeutlichung steht an der Kundgebung in Hannover auch gleich ein großes Drachenboot, darüber der Hilferuf an die Aktionäre: *»Lasst uns nicht absaufen!«*

Die Contis aus Clairoix jedoch nehmen die in Hannover erlebte internationale Solidarität ernst. Am Mittwoch, 6. Mai, machen sie sich frühmorgens mit 60 Autos auf den Weg. Ihr Ziel ist das Conti Werk Aachen. Unterwegs erfahren sie, dass sie dort nicht willkommen sind. Statt der deutschen Kollegen wartet vor dem Aachener Werk ein riesiges Polizeiaufgebaut auf sie: Mit mindestens 20 Fahrzeugen sind die Ordnungskräfte aufgefahren. Vor dem vollständig abgeriegelten Parkplatz patrouilliert berittene Polizei. In Spezialwagen kläffen mehrere Hunde. Vor dem Werkstor steht die Betriebsfeuerwehr bereit, außerdem zur Überwachung jede Menge Beamte in Zivil. Ein eigentliches Heer der bürgerlichen Staatsmacht ist ausgerückt, um den Arbeiterprotest niederzuschlagen. Denn was sich seit einigen Wochen und Monaten in Frankreich abspielt, das soll in Deutschland sogleich im Keim erstickt werden.

Spontan verabreden die 300 bis 400 Contis, ihre Route zu ändern und stattdessen nach Sarrguemines zu fahren. Dort knacken sie sogleich die Schlösser der Werktore und

stürmen das Betriebsgelände. Einige Arbeiter verlassen die Hallen und gesellen sich zu ihren kämpferischen Kollegen aus Clairoix. *»Ihr seid die nächsten, die entlassen werden, schließt euch unserem Kampf an!«*, ruft ihnen Xavier Mathieu zu. Der Delegierte der gemäßigten Gewerkschaft CFDT allerdings beklagt sich, es habe keinerlei Absprache gegeben, die aus Clairoix seien einfach unangekündigt gekommen. Dennoch bleibt das Schwesterwerk besetzt, solange bis endlich das genaue Datum der zugesicherten Gespräche zwischen der Belegschaft, der deutschen Konzernspitze und dem französischen Staat feststeht. Anschließend kehren die Contis nach Clairoix zurück. Nun wissen sie, dass sie allein stehen im Kampf gegen die Schließung ihres Werks.

Der erhoffte gemeinsame Kampf der Beschäftigten aller Werke von Continental ist nicht zustande gekommen. So müssen wenigstens diejenigen zusammen stehen, die von Entlassung bedroht sind. Die Reifenarbeiter von Clairoix und jene von Goodyear in Amiens. Am 6. Juni besuchen sie ihre Kollegen von Continental und staunen über den modernen Ausbau und den hohen Automatisierungsgrad des Werks von Clairoix. In der Tat, es stehen dort allerneueste Anlagen und Roboter, die noch keinen einzigen Reifen gefertigt haben, ja teilweise erst angeliefert und noch nicht einmal ausgepackt worden sind. Um ihrem Protest erneut einen weitherum sichtbaren Ausdruck zu verleihen, blockieren die Reifenarbeiter von Clairoix und von Amiens an jenem Samstag gemeinsam die Brücke in Compiègne. Dort verbrennen sie einen riesigen Stapel neuester und teuerster Reifen. Die in den Himmel steigenden Rauchsäulen symbolisieren auch die Sinnlosigkeit einer auf der Konkurrenz aufgebauten Produktionsweise, welche die Produzierenden zwingt, unter Verlängerung der Wochenarbeitszeit riesige Mengen an Waren zu fabrizieren, die wertlos sind, wenn sie niemand kaufen kann.

»Continental asozial, diese Halunken müssen bezahlen!« Das steht auf dem Spruchband, das die Hallenwand ziert, vor der die Arbeitervollversammlungen stattfinden. Zumindest dieses Ziel haben die ArbeiterInnen aus Clairoix Mitte Juni erreicht: Der Reifenmulti muss zahlen, und zwar mindestens 50.000 Euro für jeden Entlassenen. Dazu kommen individuelle Abfindungen je nach Alter und Dienstjahren, so dass alle mit einer Summe zwischen 50.000 und 100.000 Euro nach Hause gehen werden. Das ist das konkrete Ergebnis eines mehrmonatigen, harten Kampfes, auch wenn es ihnen nicht gelungen ist, die Schließung ihres Werks zu verhindern. Gleichzeitig haben sie allen andern Arbeiterinnen und Arbeitern gezeigt, dass es möglich ist zu kämpfen.

Hätten sie sogar die Weiterführung der Produktion bewirken können, wenn sie, statt am 17. März zur Arbeit zurückzukehren, den Streik unbefristet fortgeführt und – wie die Arbeiter der Officine von Bellinzona – den Betrieb besetzt und rund um die Uhr bewacht hätten? Die Frage muss offen bleiben. Denn insbesondere die Reaktion von Continental auf eine derartige Entwicklung des Kampfes ist – erst recht im Nachhinein – kaum abzuschätzen. Um den Reifenmulti wirksam unter Druck zu setzen, wäre zumindest ein koordinierter Kampf mehrerer Standorte nötig gewesen. Ein solcher hat sich – abgesehen von der gemeinsamen Demo in Hannover – nicht einmal ansatzweise entwickelt. Die internationale Solidarität fand nicht statt. Namentlich seitens der deutschen IG BCE ist es bei Lippenbekenntnissen geblieben. Die unter diesen Umständen erstrittenen Abfindungen müssen deshalb – trotz Schließung des Werks – als Resultat eines erfolgreichen Kampfes gewertet werden.

Mit der Einigung über die Abfindungen, hätte man meinen können, wäre der Kampf der ArbeiterInnen von Continental Clairoix zu Ende gewesen. Nicht so für den französischen Staat, der als verlängerter Arm der Unternehmer entschlossen war, Rache zu üben für die erfolgreiche Revolte, damit das Beispiel Continental nicht Schule mache. Am 1. September hat das Gericht in Compiègne sechs von ihnen – fünf Männer, darunter Xavier Mathieux, und eine junge Frau – wegen *»gemeinschaftlich begangener Sachbeschädigung zu Lasten des Staates«* zu bedingten Gefängnisstrafen bis zu fünf Monaten verurteilt. Ausserdem droht noch immer eine Schadenersatzklage in astronomischer Höhe.

»Les voyous, c'est pas nous!« (Nicht wir sind die Halunken!) hallt es am 13. Januar 2010 durch die Straßen von Amiens. Am Tag des Berufungsprozesses demonstrieren weit über tausend Menschen und verlangen einen Freispruch für die sechs verurteilten Contis. Seite an Seite die ArbeiterInnen von Continental und Goodyear, zudem zahlreiche ArbeiterInnen aus andern französischen Betrieben sowie eine Delegation von Continental Dortmund. Durch Abwesenheit glänzen hingegen die Vertreter der großen Gewerkschaftsverbände, so namentlich der CGT, der die Verurteilten allesamt angehören. Von den Gewerkschaften haben einzig SUD, die anarchistische CNT und die Bauerngewerkschaft »Confédération paysanne« die Demonstration offiziell unterstützt.

Bereits im Laufe des letzten Sommers war es zum offenen Konflikt zwischen der traditionell kämpferischen CGT Sektion von Clairoix und der Gewerkschaftszentrale gekommen: Xavier Mathieu prangerte die Isolierung der Kämpfe durch die nationale CGT-Führung an und beschimpfte öffentlich den CGT-Vorsitzenden, indem er auf seine unverblümte Art im Radio erklärte: *»Thibault und Co. sind zu nichts zu gebrauchen, als mit der Regierung auszuhecken, wie die Betriebe ruhig gehalten werden können. Das ist alles, wozu dieser Abschaum nützt.«* Ende November 2009 wurde gewitzelt, Sarkozy trete der CGT bei. Denn für den französischen Staatspräsidenten und den Vorsitzenden des größten französischen Gewerkschaftsverbandes sei es ein wunderbarer Herbst gewesen: kein einziger entführter Manager, nicht ein Student auf der Straße, nicht eine einzige Demo! Und ein Berater des Präsidenten wird wie folgt zitiert: *»Sarkozy und Thibault haben die Unzufriedenheit kanalisiert. Einvernehmlich haben sie das Feuer gelöscht.«*

Wenn also – laut den französischen Zeitungen – Xavier Mathieu der Mann gewesen ist, der die Lunte für den »Mai 2009« angezündet hat, dann sind es Sarkozy und Thibault gewesen, die das Feuer rasch wieder gelöscht haben. Unter der Asche jedoch glimmt die Glut weiter. Die einzelnen Belegschaften, die sich gegen die Pläne des Kapitals zur Wehr setzen, wenn sie beginnen, sich zu vernetzen und ihren Kampf über die Grenzen der Standorte, Wirtschaftszweige und Länder hinaus zu koordinieren, dann wird es den Sarkozys und Thibaults in allen Ländern nicht mehr so leicht gelingen das Feuer zu löschen, das ein kräftiger Windstoß leicht von Neuem entfachen könnte. *Zürich 10.2.2010* ■

Diesen Artikel entnahmen wir (leicht gekürzt) der nebenstehenden Broschüre (140 S.) aus der Schweiz.

Sie wird allen Spendern der »Arbeiterpolitik« mit einem ausdrücklichen Dankeschön für das Jahr 2009 mit dieser ersten Arpo-Ausgabe des Jahres 2010 zugestellt.
Darüber hinaus ist die Broschüre gegen Voreinsendung von 5,00 EUR in Briefmarken über unsere Adresse erhältlich.

■ **Türkische AKP-Regierung demaskiert sich**

Tabakarbeiter kämpfen gegen Privatisierung

Die Kopftuchpolitik des AKP-Ministerpräsidenten der Türkei, Erdogan, ließ die gesamte bürgerliche Presse in Westeuropa aufhorchen und kritisch nach Anatolien blicken. Aber der Massenstreik der Tabakarbeiter und ihrer Unterstützer war ihr bisher noch keine Zeile wert.

Die Türkei hatte jahrzehntelang unter dem Kemalismus eine nach außen relativ geschützte Wirtschaft. Die AKP, die Partei des neuen türkischen Bürgertums, setzt die kapitalistische Marktwirtschaft gegen den kemalistischen Staatskapitalismus durch. Mit identitätsstiftenden religiösen Kampagnen konnte sie Massen mobilisieren und sich von der alten kemalistischen Bourgeoisie absetzen. Sie war in den Augen der Massen wohltuend weniger korrupt als die Kemalisten. Die AKP hat mit ihrem religiösen, islamistischen Auftreten mehrere Jahre bäuerliche und Arbeitermassen über den Klassencharakter ihrer Politik getäuscht. Jetzt spielt sie nicht mehr mit der wohltätigen Seite des Islam. Mit dem Verkauf des staatlichen Tabakkonzerns Tekel an den Konzern British American Tobacco (BAT) ist der Klassencharakter der AKP bloßgelegt worden.

Seit Mitte Dezember protestieren rund 12.000 Beschäftigte des staatlichen Tabakriesen Tekel aus 40 Betrieben des Landes in Ankara gegen die Folgen der Privatisierung von Tekel. Die Zentrale von Türk-Is ist besetzt, davor ist ein riesiges Zeltlager aufgebaut worden. 150 Arbeiter sind im Hungerstreik. Nach drei Tagen mussten sieben von ihnen ins Krankenhaus, weil sie weder gegessen noch getrunken hatten. Bemerkenswert ist, dass die Nationalität, kurdisch oder türkisch, in diesem Kampf in den Hintergrund tritt. Türk-Is ist gezwungen, mit den linken Dachverbänden KESK und DISK über ein gemeinsames Vorgehen zu sprechen. *Zur Information drucken wir zwei Texte aus der deutschsprachigen Zeitung der DIDF »Neues Leben« ab.*

Die Red. ■

Entschiedener Arbeitskampf der TEKEL-Arbeiter

Die Entschlossenheit der TEKEL Beschäftigten überrascht gerade jene, die ein schnelles Ende der Proteste erwarteten, so wie es vor einem Jahr der Fall war. Kern der aktuellen Proteste bildet das Vorhaben der türkischen Regierung, landesweit 40 Produktionsstätten zu schließen und die rund 12.000 TEKEL Arbeiter in andere Betriebe zu transferieren. Der Belegschaft droht damit die Einstufung in den C-4-Status, welcher massive Gehaltskürzungen, den Verlust von tariflichen und sozialen Rechten sowie die Verankerung ungesicherter und befristeter Beschäftigungsverhältnisse beinhaltet.

Trotz Kälte und Einsatz von Wasserwerfern und Pfeffergas durch die Polizei halten die TEKEL-Arbeiter seit Wochen an ihrem Protest fest. Seit 12 Jahren währt ihr Widerstand gegen die Privatisierungsbemühungen an. Zweifellos wurden aus den langen Jahren der Proteste viele Lehren gezogen. Eine solche Entschlossenheit, wie sie gerade an den Tag gelegt wird, war seit dem Arbeitskampf der Bergbauarbeiter im Jahr 1990 und den landesweiten Großprotesten von Gewerkschaften im Frühjahr 1989 nicht mehr zu verzeichnen.

Ihr Widerstand lässt diesmal viele aufhorchen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die bis heute kein Recht auf Streik und Tarifverträge besitzen und der Willkür der Arbeitgeber ausgesetzt sind, stehen geschlossen zu

ihren TEKEL-Kollegen. Tabakanbauer solidarisieren sich wie auch Arbeiter aus anderen Branchen. Die Solidarität kommt aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen: Von Studenten, Erwerbslosen und Rentnern. Sie sehen in den TEKEL-Beschäftigten, Leidgenossen, die unter der Politik der AKP-Regierung in keine sichere Zukunft blicken können. Der Protest erreicht auch Menschen, die sich bislang von jeglicher Meinungsäußerung fernhielten. Sie sind ein Teil des Protestes geworden. So sprechen Hausfrauen, die bis heute sich an keiner politischen Demonstration beteiligt haben, in die Mikrofone der TV-Sender. Sie erzählen, warum sie mit einem Kessel frisch gebrühtem Tee und selbstgebackenen Teigtaschen die TEKEL-Beschäftigten unterstützen.

Der Protest der TEKEL-Arbeiter ist auch in den Führungsetagen der Gewerkschaftszentrale der Türk-Is angekommen. Die überragende Solidarität zwang sie, sich von ihrer passiven und stummen Rolle als Zuschauer hinauszubewegen, in die sie seit Jahren hineinschlüpfte, wenn breit angelegte Eingriffe auf die sozialen und tariflichen Rechte eingeleitet wurden. Erstmalig in ihrer Geschichte beschloss die Führung des Gewerkschaftsdachverbandes Türk-Is die Durchführung von zeitlich unbefristeten Protestaktionen. Der Aktionsplan sieht eine stufenweise Ausweitung von Arbeitsniederlegungen um jeweils 1 Stunde pro Woche vor, bis die Forderungen der TEKEL-Beschäftigten akzeptiert werden. Über weitere Aktionen soll in einer wöchentlichen Sitzung der Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften der Türk-Is beraten und beschlossen werden.

Der Arbeitskampf der TEKEL-Beschäftigten beschränkt sich längst nicht mehr auf die eigenen Forderungen nach Erhalt der Produktionsstätten und der Wahrung ihrer sozialen Rechte. Er hat breite gesellschaftliche und politische Kreise erreicht und aufgerüttelt. Mit ihnen kämpfen nunmehr landesweit Beschäftigte, Frauen und Jugendliche für einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen prekäre Beschäftigung, für den Verbot der Leiharbeit, für eine kostenfreie Gesundheitsversorgung und für die Abschaffung von Studiengebühren. Der Erfolg der TEKEL-Arbeiter ist wichtig – für sie selbst und für die Mehrheit der Bevölkerung. Und deshalb werden sie von Kollegen anderer Branchen und von weiten Bevölkerungsteilen, ohne Rücksicht auf eigene Verluste, nicht allein gelassen. *8.01.2010, Sultan Özer* ■

Arbeiter fordern Generalstreik

Rund 80.000 Arbeiter aus der gesamten Türkei beteiligten sich an der Solidaritätsdemonstration mit den streikenden Arbeitern des staatlichen Tabakmonopols Tekel.

Der Gewerkschaftsdachverband Türk-Is hatte am vergangenen Sonntag zur landesweiten Demonstration für Brot, Frieden, Freiheit, Demokratie und Recht in Ankara aufgerufen. Rund 80.000 Arbeiter aus der gesamten Türkei beteiligten sich an der Solidaritätsdemonstration mit den streikenden Tabakarbeitern des staatlichen Tabakmonopols Tekel. Am Ende der Kundgebung besetzten Tekel-Arbeiter die Bühne und forderten von Türk-Is, den Generalstreikaufruf der Arbeiter zu unterstützen, wobei es zu Auseinandersetzungen zwischen regierungsnahen Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitern kam.

Die Arbeiter, ob Frau oder Mann, jung oder alt, mit oder ohne Kopftuch, Türke oder Kurde, kamen mit ihren Plakaten und Transparenten, überfüllten die Straßen in der Innenstadt Ankaras und bekundeten ihren Unmut über die AKP-Regierung und riefen gemeinsam, dass es höchste Zeit für den Generalstreik sei. Durch die starke Teilnahme der Arbeiter aus der gesamten Türkei startete die Großdemonstration schon eine Stunde vorher als geplant. Neben den gekündigten Feuerwehrarbeitern, den Kraftwerk-Arbeitern und den Zuckerarbeitern beteiligten sich an der Demonstration auch Arbeiter aus den Gewerkschaften Türk Metal, Genel-Is, KESK und DISK. Die Arbeiterpartei EMEP und andere politische Organisationen und Sozialverbände mobilisierten zur Solidaritätsdemonstration nach Ankara.

Aus Deutschland unterstützte eine Delegation die Tekel-Arbeiter und nahm an der Demonstration teil, ferner wurde eine Spendenkampagne für die Tekel-Arbeiter durch die Föderation demokratischer Arbeitervereine (DIDF) initiiert.

»Generalstreik – Generalwiderstand«

Der Türk-Is-Vorsitzende Mustafa Kumlu, der ebenfalls Mitbegründer der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP ist, bedankte sich bei den Tekel-Arbeitern und den Feuerwehrarbeitern wegen ihres Einsatzes für die eigenen Rechte. Des Weiteren versuchte Kumlu den Demonstranten weiszumachen, dass im Falle einer Nicht-Umsetzung der Forderungen der Arbeiter, als nächster Schritt die rote Karte bei den nächsten Wahlen zu zeigen sei und ging kein bisschen auf die Forderungen der Tekel-Arbeiter ein. Durch den Slogan »Generalstreik-Generalwiderstand« der Arbeiter übertönt, zeigte Kumlu immer noch keine Bereitschaft zu einem Generalstreik, daraufhin besetzten die wütenden Tekel-Arbeiter die Bühne und forderten, dem Generalstreik-aufruf der Arbeiter sich anzuschließen. Nach der Kundgebung kehrten die Tekel-Arbeiter zur besetzten Türk-Is-Zentrale in Ankara zurück, um die seit Tagen dauernde Sitzblockade weiterzuführen, dort protestierten die Tekel-Arbeiter gegen die Führung des Dachverbandes Türk-Is und deren Vorsitzenden Mustafa Kumlu weiter.

»Uns werden sie nicht stoppen können!«

Auf der Kundgebung begrüßten zahlreiche Arbeiter unterschiedlicher Gewerkschaften, darunter auch die Feuerwehrarbeiter den Kampf der Tekel-Arbeiter und verdammten die Politik der Regierungspartei AKP.

Hatice Konak, die im Namen der Tekel-Arbeiter sprach, sagte in ihrer Rede an die Demonstranten: *»Die Gasbomben, die Wasserwerfer, die Gummiknüppel der Polizei haben uns nicht stoppen können. Wir waren Tausende, nun sind wir Hunderttausende geworden. Wir sind wütend, denn man hat uns belogen und betrogen. Wir kämpfen seit 12 Jahren gegen die Privatisierung, nun wollen sie die noch in staatlicher Hand befindlichen Tekel-Lager und Produktionsstätten schließen. Und jetzt beschuldigen sie uns, weil wir gegen die Kurzarbeit, die Lohnkürzung streiken. Die AKP-Regierung ist verantwortlich für die Millionen von Menschen, die heute arbeitslos sind, nieder mit diesem System! Trotz der Gewalt und der Angriffe der AKP-Regierung werden wir unseren Kampf weiterführen bis unsere Forderungen erfüllt werden, nichts wird uns aufhalten können!«* *Ankara, 22.01.10* ■